

Mai 1995 / Nummer 37 / kost nix!

Das Info aus der Roten Flora

Kanther

Schnoor





Abschiebung ist tödlich!

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

immer aktuelle Infos: wann • wo • was:

Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

Autonomer Infoladen Schwarzmarkt

Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg · fon: 040/44 60 95 · fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen







3001 KINO ZEIGT:

4.-9.5. 22.30: Step across the Border
Musikalisches Roadmovie in Schwarzweiß über den britischen Avant-garde Musiker Fred Frith. Klasse Kameraführung, schöne Bilder, kein langweiliges Konzertabgefilme, und Musik von (u.a.) Fred Frith, Arto Lindsay, Joey Baron und John Zorn.

11.-17.5. 16.00: Kinderfilm: 101 Dalmatiner

11.-17.5. 20.30: Ernesto 'Che' Guevara - Das bolivianische Tagebuch
Dokumentarfilm über die Ereignisse von 1967 in Bolivien, basierend auf Guevaras Tagebuch, mit dem Schwerpunkt auf den letzten 20 Tagen der Guerilla vor seiner Ermordung.

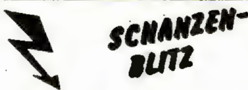
18.-24.5. 18.00: Spur der Steine
Und nochmal: Manfred Krug in seiner Paraderolle als Anführer einer aufmüpfigen Zimmermannsbrigade in der DDR-Provinz. '66 uraufgeführt, großer Krawall, '89 wiederaufgeführt, großer Jubel. Zu recht.

Buster Keaton:
18.-21.5. 20.30: Der General /
22.-24.5. 20.30: Der Killer von Alabama

25.-31.5. 20.30: Bab El-Oued City
1993 illegal in Algier gedreht: Der junge Bäcker Boualem wird von der Predigt des Imam wachgehalten, die in ohrenbetäubender Lautstärke über einen Lautsprecher auf seiner Terrasse übertragen wird. Wutentbrannt schmeißt Boualem das Ding ins Meer, und schon findet sich eine Gruppe, die auszieht, um den Übeltäter zu finden und für seine Provokation zu bestrafen.

UNSER AKTUELLES PROGRAMMTELEFON : 040 / 43 76 79
SCHANZENSTRASSE 75 IM HOF. U/S STERNSCHANZE

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





GROSSE BRUNNENSTR. 55A
TEL. 39 77 14

Geöffnet ab 10:00 Uhr
Frühstück 10:00 bis 14:00 Uhr
Sonntag Buffet 10:00 bis 15:00 Uhr
- Sommergarten -









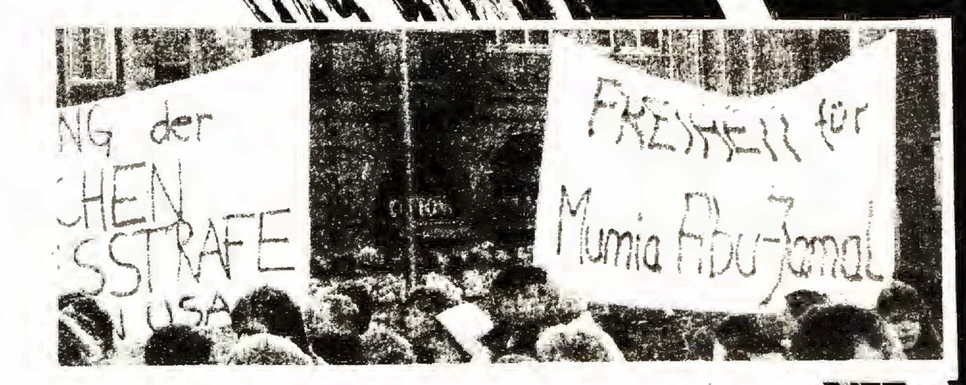


INHOUD.

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Die Redaktion freut sich über die Zusendung eurer Beiträge (möglichst auf Diskette mit beiliegenden Ausdruck; Disketten können nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es - soweit vorhanden - gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spenden: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150-200 DM (pro Ausgabe!). Deswegen sind wir dringend auf eure Spenden angewiesen. Wenn euch also das Erscheinen der Zeitung nicht ganz egal ist, dann laßt uns etwas zukommen! Sammelt & Spendet Geld, macht Soliparties & Konzerte.
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Eigendruck im Selbstverlag

Im Ordner befinden sich diesmal:
Anschlagserklärung der AIZ vom 23.4.95
Flugblatt über einen Bullen-Informanten im Wendland (das Foto war zu schlecht für den Abdruck)



Cafe Döse informiert

Hi, wir BetreiberInnen des Cafe Frau Döse haben jetzt lange nichts von uns hören lassen. Die Story kennt ihr wahrscheinlich alle schon. Trotzdem nochmal zur Erinnerung: Am 15.März wurde unser Cafe abgefackelt. In den letzten Wochen mußten wir uns über ne Menge Dinge klar werden, die Zeit war echt schwer für uns und unseren Freundeskreis. trotzdem glauben wir weitermachen zu müssen (mit sämtlichen Schwierigkeiten).
Über Inhalte und Ziele unseres Weitermachens werden wir Euch zu einem späteren Zeitpunkt informieren. Die Diskussion hält an. Wichtig ist ein Neuanfang.
Die Solifete in der Flora am 21.4.95 war wunderschön, hat auch ein bißchen geld gebracht, aber noch lange nicht genug. Ihr könnt uns fast jeden Tag abends im Stadtteilkulturladen Margarethenkneipe (Margarethenstr.33) antreffen. Außerdem machen wir jeden freitag ab 18 Uhr vegetarische Vokü in der "Tante Hermine" in der Hafenstraße.
Wenn Ihr Lust habt uns zu treffen, euch zu informieren, uns kennenzulernen, so kommt vorbei.
Wenn Ihr uns finanziell unterstützen wollt, ist hier unsere Spendenkontonummer: 12175609, BLZ 2019003 (Volksbank Hamburger Bank), Kennwort "Cafe Frau Döse e.V."

Entspannung/Körperwahrnehmung für Frauen in der Flora

An der noch offenen Gruppe am Freitag von 18.30 Uhr bis (max) 20.30 Uhr können noch 2-3 Frauen teilnehmen. Da eh nicht jede Frau zu jedem Termin kommt, wäre es gut, wenn wir noch einige mehr wären, damit jedesmal so 5-7 Frauen da sind. Jede soll nur dann kommen, wenn sie Zeit und Lust hat; dieser Termin soll keine Pflichtveranstaltung sein.
Noch einige Worte zum Inhalt:
Entspannung ist nicht gleichbedeutend mit Passivität. Wir werden an der Entspannung und Wahrnehmung des eigenen Körpers in der Ruhe sowie in der Aktivität "arbeiten". Aktivitäten können einfaches Gehen oder eine kleine akrobatische Übung (für die, die Lust dazu haben) sein.
Einzige Voraussetzung für die Teilnahme ist Deine Neugierde und Dein Wunsch, Dir was Gutes zu tun.
Die nächsten Termine sind der 5. und 19. Mai. Komm vorbei oder frag bei der Donnerstags Infotresenschicht nach meiner Telefonnummer und melde Dich bei mir.

Liebe Grüße Petra



Barri in der Schanzenstraße

In der Nacht vom 22.04. auf den 23.04. wurden in der Schanzenstraße zwei kleine Barris errichtet. Zwei dort befestigte Transpis hatten die Aufschriften: "Stopt den Castor" und "Kein Castor über Hamburg und anderswo". Eine Hundertschaft Bullen und mehrere Zivis machten sich eine Stunde später auf die erfolglose Suche nach dem "Bautrupp". So ne Aktion geht schnell und ist weitgehend risikolos. Nachdem viele den Castortermin leider etwas verschlafen haben, sei noch gesagt, der Widerstand geht weiter! Nicht der erste sondern erst die nächsten Transporte werden über den Fall der Atommafia entscheiden. Noch mehr Menschen ins Wendland und an die Strecke! Kleingruppenaktionen, Demos und Sachschäden auch in Hamburg!!
Noch ist nicht aller Transporte Abend.
Die Kosten in die Höhe treiben...

ein paar Autonome

"Kein Vergeben, kein Vergessen"

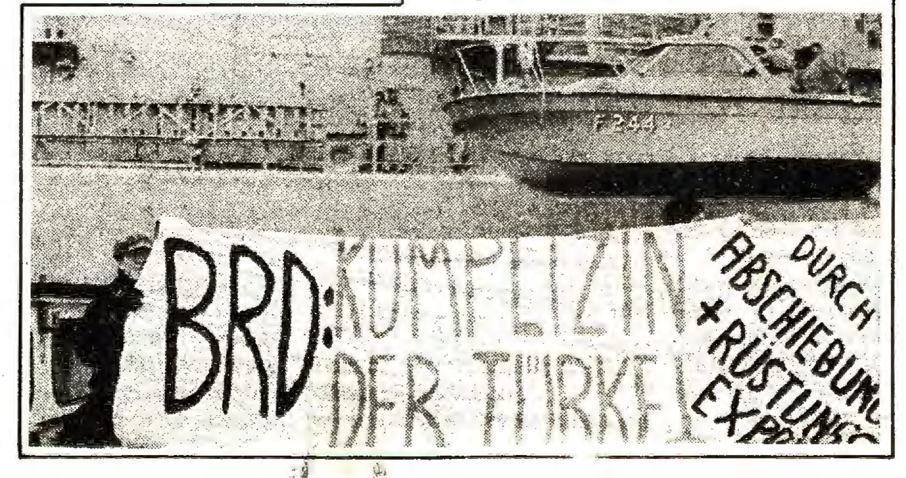
unter diesem Motto soll am 9. Juni 95 ein Open-Air-Konzert mit Heiter bis Wolkig (HbW) in Eppendorf stattfinden.
Wir fordern den St. Pauli-Fanladen (einzige Vorverkaufstelle und Veranstalter?) auf, HbW auszuladen und zu dieser unerträglichen Provokation Stellung zu nehmen! (Was ist an dem Konzert "10% politically correct"???)

Einige, die keinen "Spaß" verstehen

Treffen dazu: 14. Mai 95, Rote Flora, 1. Stock
P.S. Absolute Beginners haben bereits abgesagt.

Fregatte beworfen

Am 6.4. fand eine Protestaktion gegen die Auslieferung einer Fregatte an die Türkei im Hamburger Hafen statt. Neben der Anbringung eines Transparentes wurde das Kriegsschiff mit in Flaschen gefüllter roter Farbe und einer Rauchbombe beworfen. Rund 20 DemonstrantInnen wurden von der Wasserpolizei vorläufig festgenommen (*Quelle: taz 7.4.95*)



Zum Gewürge am Dienstag abend wegen Castor

Wir waren super frustriert darüber, daß keine gemeinsame Aktion mehr gelaufen ist. Unser Haß auf die Bullenarmada, die den Castor durchwalzte, mischt sich jetzt mit der Enttäuschung über unsere Unfähigkeit am Dienstag, eine gemeinsame, spontane Aktion zu machen. Laßt uns jetzt aber keine selbstzerfleischende Diskussion über die Zeck führen. Auch haben wir keine Lust auf gegenseitige Schuldzuweisungen! Denn wir halten gerade solche "spontanen" Aktivitäten für eine sehr effektive Art unsres Widerstandes gegen Castore und sonstige Gemeinheiten. Dafür halten wir es allerdings für nötig, daß sich alle Zusammenhänge, die sich prinzipiell an militanten Aktionen beteiligen mal für sich überlegen, wie sie (wir) in Zukunft mehr Verantwortung bei spontanen Demos übernehmen können, wenn es wie am Dienstag keine Gruppe gibt, die was vorgedacht hat. Wie solche Aktionen ablaufen können/sollten, bzw. wie nicht, sollten wir zwischen unseren verschiedenen Zusammenhängen besser vermitteln. Entwickeln "wir" "unsere" Strukturen und machen beim nächsten Mal aaaalles besser...

Schön wenigstens, daß dann doch noch einige Grüppchen was gemacht haben.

Soweit für hier...

ein zusammenhang vom dienstag

Und noch was zu Dienstag abend

Auch wir denken, daß dem Desaster vom Dienstagabend mit Schuldzuweisungen nicht viel geholfen ist. Was uns aber wirklich genervt hat, ist die Art und Weise, wie plötzlich, nachdem alle eine halbe Stunde rumgestanden sind, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Leute sich endlich auf die Straße bewegten, der Charakter der Demo/Aktion in Frage gestellt wurde und damit die Aktion faktisch verhindert wurde. In der konkreten Situation hätte es sinnvollerweise nur darum gehen können, ob wir zuerst nach links oder zuerst nach rechts gehen, und da hätte ja wohl den Menschen, die die erste Reihe gemacht haben, soviel Vertrauen entgegengebracht werden können, daß sie sich schon überlegt hatten, wohin es gehen sollte.

Da aber über die generelle Ausrichtung nicht bei allen Beteiligten Einigkeit bestand, wird es in Zukunft wohl notwendig sein, bei einem vergleichbaren Anlaß die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten nocheinmal explizit anzusprechen, damit uns solch eine hochnotpeinliche Situation nicht wieder passiert.

Das Problem lag nämlich nicht darin, daß sich niemand Gedanken gemacht hatte, sondern daß diese nicht genügend vermittelt worden sind.

Auch ein Zusammenhang vom Dienstag

Der EA Gorleben informiert

und warnt vor einer Person, die freiwillig zu den Bullen gegangen ist und AtomkraftgegnerInnen z.T. sehr schwerwiegend beschuldigt hat. Seine Aussagen hatten ein Ermittlungsverfahren mit Hausdurchsuchung und Telefonüberwachung zur Folge. Bei den von seinen Aussagen belasteten Personen handelt es sich um "Freunde" von ihm, also Leuten, die mit ihm persönlich im Hüttendorf Castornix oder im Widerstand gegen den Castor zu tun hatten.

Ein Flugblatt des EA Gorleben mit einem Foto der Person ist im Schwarzmarkt einzusehen.

Manuela Happe und Lutz Taufer frei !

Nach 11 Jahren Haft ist Manuela Happe entlassen worden. Lutz Taufer kam nach 20 Jahren Haft aus dem Knast. Bei beiden Inhaftierten wartete die Bundesanwaltschaft lange darauf, daß sie dem bewaffneten Kampf generell abschwören würden. Vor allem bei Taufer gab es von seiten der BAW für eine Entlassung die Bedingung, daß er sich einem psychologischen Gutachten unterziehen müsse, damit die Ergebnisse der jahrelangen (Isolations-)Haft an ihm besser ausgewertet werden, und damit das Prinzip der Haftbedingungen noch weiter perfektioniert werden können. Letztlich wurde bei ihm, wie zuvor bei Irmgard Möller dieses psychologische Gutachten nach Aktenlage erstellt.

Pfingstcamp in Hetendorf

Alljährlich findet in Hetendorf das Pfingstlager der neofaschistischen "Wiking-Jugend" (WJ) in einem der größten Zentren des organisierten Neofaschismus statt. Das großzügige Anwesen mit vier Gebäuden gehört den neofaschistischen Organisationen "Freundeskreis Filmkunst e.V." und "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." des einschlägig bekannten Hamburger Nazi-Anwalts Jürgen Rieger. Auch nach dem Verbot der WJ im Herbst 1994 ist Pfingsten von Aktivitäten der Neonazis auszugehen. Die WJ-Gruppen haben sich der FAP bzw. den "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der NPD-Jugendorganisation, angeschlossen. Dieses Jahr wird es das erste Mal ein antifaschistisches Pfingstcamp geben. Geplant sind eine bundesweite Demonstration zu dem Nazizentrum am Pfingstsamstag, eine Fahrt zum Konzentrationslager Bergen-Belsen, Veranstaltungen, Konzerte, Workshops sowie ein Antifa-Fußball-Turnier. Die Pfingsttage stehen unter dem Motto "Stopt die Nazi-Treffen! Gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf vorgehen!" Bisher beteiligt sich ein breites Bündnis von lokalen und überregionalen Gruppen aus dem autonomen und linken bürgerlichen Lager an den Vorbereitungen.

(gekürzt aus: EinSatz Nr.0 Feb.95)





Mordversuch an Antifa in Uelzen

Am 19. 4. 95 wurde der Antifaschist O. von zwei Jugendlichen mit Messern angegriffen und verletzt. Eine Mütze in seiner Jackentasche rettete ihm das Leben, da der erste Messerstich nicht in den Körper eindringen konnte. Ein weiterer Messerstich verletzte ihn im Gesicht. Später musste er im Krankenhaus behandelt werden. Die beiden Täter gehören zu einer Gruppe von 14-18 jährigen Jugendlichen, die seit einigen Wochen am Bahnhof und am Schnellen-Markt auffällig sind. Immer wieder wurden AusländerInnen und linke Jugendliche bedroht und zum Teil auch geschlagen. Anfang April wurde eine gehbehinderte Frau von Leuten aus dieser Gruppe angepöbelt und geschubst. Geprägt ist diese Gruppe durch besonders hohe Gewaltbereitschaft, Brutalität und besonders exessiven Alkoholkonsum. Die meisten von ihnen sind mit Messern bewaffnet.. Einige dieser Jugendlichen sind eindeutig rechtsorientiert. Einige Male sind am Bahnhof Aufkjleber der NPD aufgetaucht, genau dort, wo besagte Leute immer sitzen. Der Wortführer dieser Gruppe ist der bekannte Nachwuchs-Nazi-Skinhead Danilo Buhl. Zwei seiner "Freunde" sitzen zur Zeit im Knast.(...)

Es ist nicht das erste Mal, daß O. angegriffen worden ist. Seit 1989 wurde er mehrmals von Nazis überfallen. Schon inm August 1993 und im März 1994 versuchten Nazis ihn zu erstechen. Daneben gab es immer wieder Angriffe auf ihn, die als Mordversuche zu sehen sind, wie z.B. das Lösender Radmuttern an seinem Auto. Seit 1989 ist er Ziel faschistischer Angriffe. Maßgeblich daran beteiligt waren und sind Leute von der NPD und der verbotenen NF.

Kontakt und Information:
Antifaschistische Arbeitsgruppe Uelzen
Postfach 1217; 29544 Bad Bevensen
(*Quelle: Flugblatt der Gruppe*)

Anders Leben - Tage

2.-6.Juni 95 in der Domäne Lutter

Faschismus, Kapitalismus und Patriarchat: Widerstand gegen das System darf nicht aus bloßer Reaktion bestehen. Wir müssen unsere Utopien auch leben, um Alternativen aufzuzeigen. Es werden libertäre Theorien vorgestellt Kommunen, Hüttendörfer und selbstverwaltete Betriebe dienen als Beispiele, daß wir anders leben und arbeiten können, ohne dabei unseren politischen Widerstand aufzugeben.

Ort: Anarchistische Kommune in der Domäne Lutter

Die mittelalterliche Burg wurde vor 14 Jahren von AnarchistInnen gekauft. Seitdem lebt dort eine Kommune mit gemeinsamer Ökonomie. Zusammen betreiben sie Tischlerei, Tagungshaus, Bäckerei, Garten, Ofenbau und die Restauration der Burg.

Infos und Anmeldung (wichtig!):
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung
Anders-Leben-Tage, Herrlichkeit 1, 27283 Verden/Aller, Tel.: 04231/81046

Der Infoladen Omega in Neumünster hat dichtgemacht!

"Leider wollen die meisten Menschen scheinbar gar nicht mehr so viele Infos haben, zumindest nicht in unserem großen Infoladen in unserer kleinen Stadt" schreiben die OmeganistInnen. Schade!

Befreiung vom Faschismus Demos zum 8.Mai 95

Da wir weder die kompletten Aufrufe abdrucken wollen, noch eigenmächtig eine Kurzcharakterisierung der politischen Akzente der verschiedenen Demonstrationen liefern wollen, beschränken wir uns auf die bloße Terminankündigung.

6.5. Bremen
"Zusammen kämpfen gegen Faschismus und imperialistischen Krieg!"
11 Uhr Findorffmarkt

6.5. Berlin, 13 Uhr
Antinationale und antideutsche Demonstration

8.5. Berlin
Kampf den deutschen Zuständen!
15.30 Nollendorfplatz

BesetzerInnen-Kongreß in Leipzig

Vom 12.-14. Mai `95 findet in Leipzig ein BesetzerInnenkongreß statt, der helfen soll, Möglichkeiten und Perspektiven von Besetzungen als Interventionsmittel autonomer Politik zu klären. Im Rahmen des Kongresses soll eine Demonstration die Forderung nach Akzeptanz des Rechtes auf Besetzung deutlich machen. Der dazugehörige Aufruf befindet sich im Ordner.

Kontakt: BesetzerInnenkongreß, c/o Conne Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel./ Fax. (0341) 311044



Kurdistan-Demo

Bundesweite Demo gegen die Beteiligung deutscher Konzerne und der deutschen Regierung am Krieg gegen die Bevölkerung Kurdistans am 20. 5. in Frankfurt/ Main

Dies soll nicht noch eine Demonstration mehr werden, die lautstark und doch folgenlos die internationale Solidarität hochleben läßt. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre haben wir die Lehre gezogen, daß die bisherige Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung Kurdistans nicht genügt.

Es gab Menschenrechtsdelegationen, die eindrucksvoll von der Verfolgung, der Folter, der Inhaftierung von Menschen in Kurdistan berichtet Haben. Sie haben den Einsatz deutscher Waffen dokumentiert.

Die deutsche Regierung hat konsequent darauf reagiert. Sie unterstützt den Völkermord innen- und außenpolitisch ungebrochen weiter.

Kinkel schwankt zwischen Dementis undSchönheitsreparaturen am deutschen Image. Kanter unterstützt die Vernichtungspolitik der türkischen Regierung und des türkischen Militärs tatkräftig durchz Verbote und Abschiebungen in Deutschland.

Kohl empfängt türkische RegierungsmitgliederInnen und Wirtschaftsdelegationen und verleiht immer wieder seinem Versprechen Nachdruck, die Aufnahme der Türkei in die EU zu forcieren. Der Einmarsch der türkischen Truppe (d.h. Truppen eines Nato-Landes) in die UNO-Schutzzone in irakisch Kurdistan wird toleriert.

Viele fragen sich, warum die immer fadenscheiniger lügen. Wir fragen, wem der Vernichtungskrieg in Kurdistan nützt. Und die Antwort ist eigentlich bekannt: Unter anderem dem deutschen Kapital, den bundesdeutschen Konzernen, für diei die Regierung die politischen Bedingungen schafft. Wir meinen die Solidarität mit den Menschen in Kurdistan muß in Deutschland ansetzen. Es gibt keinen deutschen Rüstungskonzern, der sich an diesem Krieg nicht eine goldene Nase verdient. Die berühmten NVA-Panzer, die in diesem Krieg eingesetzt werden, sind nicht mal die Spitze eines Eisbergs, sie fallen kaum in`s Gewicht, wenn mensch weiß, daß es reihenweise Konzerne gibt, die vor Ort Kriegsgerät montieren, bzw. ihren Beitrag zur Infrastruktur des Krieges leisten.

Das deutsche Kapital ist Nutznießer dieses Krieges.

* Keinerlei politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung der türkischen Regierung und des türkischen Polizei- und Militärapparates durch Deutschland
* Sofortiger Lieferstopp für Rüstungsgüter und Montageteile für die Produktion von Kriegsmaterial in die Türkei aus Deutschland
* Abschiebestopp für alle Flüchtlinge, insbesondere für KurdInnen
* Aufhebung sämtlicher Verbote von kurdischen und türkischen Befreiungsorganisationen in der BRD

Eine genauere Ortsangabe als Ff/ M und eine genauere Zeitangabe als 20. 5. lag uns bei Redaktionsschluß nicht vor. Achtet also auf weitere Ankündigungen.

Abschiebeknast Grünauer Straße

Am 11.4.95 verhinderte die Polizei zu unserem Bedauern im letzten Moment einen Sprengstoffanschlag auf den Abschiebeknast Grünauer Straße in Berlin, der z.Zt. umgebaut wird. in den folgenden Tagen lief die Fahndungsmaschinerie auf Hochtouren. Von vier namentlich gesuchten Personen stellte sich am 12.4. eine Frau der Polizei, der Haftbefehl geggen sie wurde daraufhin aufgehoben. Die anderen drei sind weiterhin untergetaucht.

Weg mit allen Abschiebeknästen!

Solidarität mit den Gesuchten!



Chiapas-Demo

Am Donnerstag, dem 27.4., demonstrierten in Hamburg ca.150 Menschen ihre Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas/Mexiko. Die Demo zog von der Sternschanze über Grindelallee und Rothenbaumchaussee zur mexikanischen Botschaft, wo Redebeiträge verlesen wurden unddie Hymne der EZLN gespielt wurde.

Viva Zapata!

NIMM 2 gegen Spekulantenklüngel

Seit nunmehr zwei Jahren bemüht sich die Wohngruppe NIMM 2 um die seit fast 6 Jahren leerstehenden Häuser Schanzenstraße 58-62 auf dem sogenannten Laue-Areal. Neben viel Öffentlichkeitsarbeit organisierte die Gruppe, die sich aus einer Frauengruppe und einem gemischten Zusammenhang zusammensetzt, verschiedene Aktionen zum Thema Leerstand bis hin zur Besetzung der geforderten Häuser im September letzten Jahres. Außerdem trat sie in Gespräche mit einem der Eigentümer des Geländes, dem Rechtsanwalt Hans-Erich Dabelstein, sowie mit städtischen Behörden, um ihren Forderungen nach den Häusern bei den direkt für den Leerstand Verantwortlichen Nachdruck zu verleihen. Außer großen Worten und Beteuerungen sozialen Interesses, kam aber bisher nicht sehr viel dabei heraus. Jetzt scheint Bewegung in den schwer zu durchschauenden Spekulantenklüngel zu kommen, deshalb soll die folgende Chronik der Bemühungen von NIMM 2 etwas Licht in die Sache bringen.

Im **Dezember 1994** fand eine erstes offizielles Gespräch zwischen NIMM 2, Dabelstein und der Wohnungsbaugenossenschaft "Schanze e.G." bei dem alternativen Baubetreuer Stattbau statt. Ergebnis dieses Gespräches war:

1) Die Schanzengenossenschaft unterbreitet bis Februar 1995 ein Kaufangebot für die Häuser Schanzenstraße 58-62, danach sollen weitere Gespräche über einen eventuellen Kauf der Häuser durch die Wohngruppe NIMM 2 stattfinden.

2) Dabelstein äußerte sich über Schwierigkeiten innerhalb der Investorengruppe; dies sind zu diesem Zeitpunkt neben ihm und Backhus, der auch Geschäftsführer ist, noch drei weitere, NIMM 2 unbekannte Spekulanten. Bis Ende Februar will er Verhandlungen mit ihnen führen und äußerte die Hoffnung, das Laue-Gelände dann alleine übernehmen zu können.

Mitte Dezember organisierte NIMM 2 eine Party auf dem Gelände mit dem Ziel, neben Spaß an diesem Abend, sich auch immer wieder ins Gedächnis der Eigentümer zu rufen. Beide Pläne sind wohl auch aufgegangen.

Im **Februar 1995** wird das Haus Sternstraße 107 mit massivem Bulleneinsatz geräumt. 21 Menschen werden dabei festgenommen. Dieses Haus gehört ebenfalls den oben genannten Spekulanten und wurde zu diesem Zeitpunkt schon seit längerem von wohnungslosen Menschen bewohnt. Nach der Räumung bezogen diese Leute das Haus erneut und Innensenator Wrocklage machte mal wieder einen seiner "bürgerInnennahen Besuche vor Ort", um sich ein Bild zu verschaffen. NIMM 2 und die BewohnerInnen der Sternstraße 107 stehen in Kontakt miteinander.

Am **22. Februar 1995** erhält Dabelstein im Namen der Schanze e.G. und in Absprache mit NIMM 2 von Stattbau ein Kaufangebot für das geforderte Haus. Zur Ermittlung des Kaufpreises hat Stattbau eine Wertermittlung durchgeführt, die sich, basierend auf den Unterlagen, die Dabelstein zur Verfügung gestellt hat, aus einer Mittlung von Ertrags- und Sachwert ergibt. Dabelstein hat sich bis heute, entgegen seiner vollmundigen Versprechungen vom Dezember 94, weder bei NIMM 2 gemeldet, noch sich zu diesem Kaufangebot geäußert.

Laut öffentlicher Bekanntgabe über Änderungen im Handelsregister im Hamburger Abendblatt im März 1995, wird Dabelstein aus der Investorengruppe gestrichen. Alleiniger Geschäftsführer bleibt Backhus, mit ihm drei weitere Anteilseigner. Nach Einsicht ins Handelsregister im folgenden Monat ergibt sich, daß Dabelstein nicht aus dem Grundbuch gestrichen ist, wohl, weil die Änderung noch nicht eingetragen ist.

Eigentümer der jetzigen Spekulantengruppe sind:

- BACKHUS
- OLEARIUS, Christian (Dr. jur.) und Gattin Barbara
- SCHLÜTER, Horst C., Rechtsanwalt Stadthausbrücke 1, HH
- WARBURG, M.M. & Co.
  M.M. Warburg Bank, Ferdinandstraße 75, 20095 Hamburg
  Warburg, M.M. Invest., Kapitalanlagengesellschaft mbH, Ferdinandstraße 75

die zusammen die BOSW KG ergeben.

Diese Angaben wurden von Jorczik (STEG) bei einem Besuch von NIMM 2 bei der STEG im April 1995 bestätigt.

Als kleine aber interessante Nebeninformation sei hier angemerkt, daß die Jahresabschlußberechnung der M.M. Warburg GmbH für 1994 einen Gewinn von 138 Millionen DM ergab.

Ende April 95 kursierte die Info, daß der Gruppe aus der Sternstraße 107 seitens der Spekulanten signalisiert worden sei, die Ludwigstraße 8 als Ersatzwohnraum für die Sternstraße 107 zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Da es weiterhin Infos darüber gibt,daß sich in den Verhandlungen zwischen STEG und Backhus & Co. anscheinend einiges tut, öffentlich aber nichts bekannt gegeben wird, besucht NIMM 2 am **21. April** die STEG und fordert mit Nachdruck Informationen über deren Verhandlungsstand. Diese kommen nur bruchstückhaft und nach längerem Gezerre:

- Inhalte des städtebaulichen Vertrages sind nicht zu bekommen, eher die Ziele:
- es sollen weite Teile des Laue-Areals mit öffentlichen Geldern saniert bzw. bebaut werden, um 200 bis 300 bezahlbare Wohnungen entstehen zu lassen.
- Wohnprojekte spielen dabei keine bzw. eine sehr untergeordnete Rolle
- Die Stadt (Senator Mirow) hat eine Frist bis zum Sommer gesetzt. Bis dahin muß der städtebauliche Vertrag unterzeichnet sein, sonst wird ein neues Bebauungsplanverfahren eingeleitet.
- Ohne städtebaulichen Vertrag kann die BOSW frühestens in drei Jahren anfangen zu bauen - nämlich nach Änderung des Bebauungsplanes.
- NIMM 2 soll die Häuser Schanzenstraße 58-62 nach Aussage der Spekulanten nicht bekommen. Eine solche Gruppe wirke sich nämlich ihrer Meinung nach "wertmindernd!!!" für noch zu entstehende Nebenhäuser aus.

Noch einmal zu betonen ist, daß die STEG diese Informationen nur unter Druck und keineswegs freiwillig rausgerückt hat und damit einmal mehr bewiesen hat, auf welcher Seite sie steht und was für Aufgaben sie erfüllt. Die alte Parole zeigt ihren Wahrheitsgehalt.

Bleibt zu hoffen, daß NIMM 2 trotz dieser erstmal schlechten Vorzeichen mit weiteren Bemühungen und Aktivitäten Erfolg hat und der Deal zwischen STEG und dem Spekulantenklüngel der BOSW nicht aufgeht.

Interessierte Menschen aus dem Schanzenviertel



Schanzenviertelfest 1995??!



Feuerspucken, irgendwo ein Kindertheater, Diskussionen und Austausch an den verschiedenen Infoständen, Musik hallt durch die Straßen, vermischt sich mit den Stimmen von vielen Leuten, Flohmarktstände, auf Bühnen gibt's Akrobatik, ein paar workshops , in denen sich manche im Jonglieren und Einradfahren versuchen, in den leerstehenden Häusern wird bei 'nem Kaffee über Leerstand geredet und noch mehr Ideen zum Widerstand dagegen entwickelt, vielleicht noch ne spontane Demo, eine Schnitzeljagd durch's Viertel, wer findet welche Antwort am schnellsten ... und noch viele Ideen mehr, wie's auf dem Schanzenviertelfest aussehen könnte. Viele Bilder als Erinnerung an die letzten Feste und noch 'n paar neue Vorstellungen. Auf jeden Fall ganz viel Lust auf ein Schanzenviertelfest 95, mit vielen zusammen, am schönsten wär's auf dem ganzen Schulterblatt bis zum Pferdemarkt und die Schanzenstraße zurück mit Party im Park...Ein Schanzenfest, dessen Organisation von vielen getragen wird, wo sich viele für den Ablauf verantwortlich fühlen, ihre Ideen und Wünsche mit hineintragen, nicht nur kommen, um zu schauen, was denn so geboten wird. Mit vielen zusammen bereits in der Planung versuchen, eine Struktur zu schaffen, die es ermöglicht mit An- und Übergriffen während des Festes umzugehen und zu reagieren. Auf einer Ebene von zusammen Spaß haben, vielleicht eine Struktur im Viertel aufzubauen, die über das Fest hinausgeht ...

Sicher haben die OrganisatorInnen der letzten Jahre mit ganz ähnlichen Wünschen angefangen, zumindest mit genau dem gleichen Elan und der gleichen Lust wie wir jetzt. Aber irgendwie ist es schiefgegangen, denn sonst würden genau diese Leute heute nicht dastehen und sagen, "so nicht mehr". Die Organisation des Festes hing an wenigen, die meisten waren nur gekommen, um zu konsumieren. Wenn irgendetwas scheiße lief, war's dann ja auch einfach, wegzuschauen, denn schließlich ist man ja nicht verantwortlich und hat damit doch eigentlich gar nichts zu tun. Und dann haben sich auch noch viele gewundert, warum es im letzten Jahr denn weniger bunt war als in den Jahren davor, man nach "linker Kultur" so richtig stöbern mußte, es wurden sogar leise Befürchtungen geäußert, ob sich das Viertelfest denn irgendwann gar nicht mehr von anderen kommerziellen, bürgerlichen Stadtteilfesten unterscheiden wird ...

Und dabei wurde dann übersehen, daß es wohl auch an der eigenen Konsumhaltung liegt, ein linkes Stadtteilfest doch nicht dadurch ausgemacht wird, daß einige wenige sich um den Orgakram kümmern und den anderen linke Straßenkultur anbieten.
Ist an diesem Punkt festzustellen, daß es uns "in dieser Zeit" nicht gelingt, unsere Ideen/Träume/Lebensgefühle umzusetzen? Oder haben wir die etwa ganz verloren ?
Sicher sind wir uns da auch nicht, haben schon viele Zweifel, angefangen damit, ob sich denn überhaupt genug Leute finden, die auch Lust haben, sich in die Organisation einzuklinken, damit es auch Spaß machen und über den ganzen Nervkram hinausgehen kann.
In diesem Sinn:das Straßenfest als ein Stück sichtbarer linker Utopie, ein Tag an dem "wir" die Lebendigkeit unserer Theorien auf die Straße tragen!!

Wir sind noch wenige und bisher gibt es vor allemWünsche & Ideen.
Wir wollen uns gerne mit anderen Leuten treffen, die Lust und/oder Interesse am Stadtteilfest haben!!
Deshalb: Treffen am 30.05.95, um 19.00 Uhr, in der Roten Flora



Tod im UG Holstenglacis

Am Samstag, den 8.4.95, wurde Gibriel C., Flüchtling aus Togo, tot in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis aufgefunden. Gibriel lebte schon seit längerem illegalisiert in der BRD und saß erst seit dem 6.4.95 als Abschiebehäftling im UG Holstenglacis ein. Von offiziellen Stellen wurde Gibriels Todesursache mit Selbstmord angegeben, seine Angehörigen sind jedoch der festen Überzeugung, Gibriel habe sich nicht selber umgebracht. Viele Dinge sprechen dafüfür, daß die genauen Todesumstände von offizieller Seite verschleiert werden:
So wurde in ersten Bekanntmachungen über den Tod Gibriels sein Nachname nicht bekanntgegeben, es wurde bislang kein Foto von dem Toten veröffentlicht und seinen Angehörigen wird verweigert, Gibriels Leiche zu sehen.
Gibriels Angehörige fordern nun die Autopsieergebnisse, die Besichtigung des Ortes, an dem Gibriel sich angeblich erhängt haben soll und Gespräche mit dem für Gibriel zuständigen Arzt und/oder Psychologen. Außerdem bestehen sie auf ihr Recht, Gibriels Leiche zu sehen.
Ein weiterer Hinweis für die behördlicherseits versuchte Vertuschung der Todesumstände ist die Tatsache, daß der einzige unabhängige Zeuge - Gibriels Zellengenosse - höchstwahrscheinlich am 9. oder 10. 4. 95 abgeschoben wurde, für die Angehörigen also nicht mehr als Gesprächspartner zur Verfügung stehen kann. Diese Vorkommnisse und das Verhalten der Behörden verhärten so den Verdacht, daß sich Gibriel nicht selber in der Abschiebehaft umgebracht hat.

Am Freitag, den 14.4.95, fand vor dem Knast Holstenglacis eine Kundgebung zum Tode Gibriels und gegen Abschiebeknäste statt. In Redebeiträgen wurde dort nocheinmal auf die Folgen der menschenverachtenden repressiven Abschiebepolitik der BRD hingewiesen. Die psychische und physische Zerstörung durch Demütigung und Demoralisierung in Knästen trieb in den letzten Jahren zahlreiche Flüchtlinge in den Selbstmord. So erhängte sich im Oktober 1993 ein Angolaner in Trier und einen Monat später ein Nigerianer in Regensburg - um nur einige zu nenen, die den Tod ihrer Gefangenhaltung und der bevorstehende Abschiebung vorzogen.
Protestaktionen in Abschiebeknästen sind alltäglich, werden aber von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Diese Protestaktionen reichen von der Weigerung nach dem Hofgang zurück in die Zelle zu gehen bis hin zu Brandlegungen in der eigenen Zelle.
Im größten Abschiebeknast der BRD, im nordrheinwestfälischen Büren, gab es in letzter Zeit immer wieder solche Widerstandsversuche der Gefangenen. Nach dem letzten Aufstand dort wurde die Bewachung durch eine Sondereinsatzgruppe eingeführt, die Gefangenen außerdem auf verschiedene Knäste verteilt. All dies sind Beispiele für das staatliche Vorhaben, Abschiebungen möglichst still und leise zu vollziehen und Widerstand gegen die Abschiebepraxis möglichst schon im Keim zu ersticken.

Am Abschiebeknast Glasmoor finden seit einigen Wochen regelmäßig Sonntagsspaziergänge statt, bei denen Informationen und Unterhaltung für die dort gefangengehaltenen Flüchtlinge gegeben werden. Mittlerweile wurden von der Knastleitung immer mehr Besuchsverbote gegen Menschen ausgesprochen, die regelmäßig an diesen sonntäglichen Aktionen teilnehmen und auch in direkten Kontakt durch Besuche im Knast mit einzelnen Flüchtlingen treten wollen. Die offiziellen Begründungen dafür sind fadenscheinig; z.B. Teilnahme an einer verbotenen Versammlung vor dem Knast (s. dazu auch weiteren Artikel in dieser Ausgabe). Offensichtlich ist es, daß die regelmäßigen Besuche vor und in Abschiebeknästen den Plan, klammheimliche Abschiebungen zu vollziehen, nicht aufgehen läßt. Deshalb werden die Bemühungen der AbschiebegegnerInnen zu verunmöglichen, zu be- und verhindern versucht. Grund genug also, die Sonntagsspaziergänge weiterhin durchzuführen und durch rege Teilnahme zu unterstützen.
Treffen ist sonntags um 14 Uhr im Haus für Alle, Genaueres erfahrt ihr ebenfalls dort.

STOP DEPORTATION - FREE ALL PRISONERS
OFFENE GRENZEN - BLEIBERECHT FÜR ALLE

Besuchsverbot im Abschiebeknast Glasmoor



Foto Archiv Kollektiv

Seit November 94 finden regelmäßig Sonntagsspaziergänge vor dem Abschiebegefängnis Glasmoor statt, um gegen die Abschiebehaft zu protestieren und die Gefangenen zu unterstützen. Seit dem Sonntagsspaziergang am 9.4.95 versucht die Leitung des Abschiebegefängnisses mit allen Mitteln, den persönlichen Kontakt zu den Gefangenen, der nur durch Besuche aufrecht erhalten werden kann, zu verhindern:
Gegen die meisten Mitglieder der Besuchergruppe des Flüchtlingsrates wurden Besuchsverbote verhängt, nachdem Herr Gebauer, der Leiter des Abschiebegefängnisses, die Mitglieder einzeln verhört hatte.
Erlaubte Besuche finden ab sofort nur unter persönlicher Bewachung statt. Ein Schließer sitzt dabei direkt neben dem Gefangenen oder der BesucherIn und hört das Gespräch mit, um es zu protokolieren. Aufgrund eines dieser Protokolle

wurde ein erneutes Besuchsverbot mit der Begründung ausgesprochen, der Besucher habe eine unzulässige Beratung durchgeführt.
Die Schikanen machen deutlich, daß es der Anstaltsleitung darum geht, Abschiebehäflinge ohne Freunde und Familienangehörige total zu isolieren und ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, Kontakt nach draußen aufzubauen, um z.B. ihre elementarsten Rechte wahrzunehmen. Die persönliche Bewachung und das Abhören bei vertraulichen Gesprächen schüchtern die Gefangenen so ein, daß i.d.R. keine Gespräche zustandekommen, die für eine erneute Prüfung der Rechtslage notwendig wären.
Der Flüchtlingsrat hat in den letzten Monaten regelmäßige Besuche gewährleistet, die mehrmals zur Freilassung der Gefangenen geführt haben und für viele der einzige Kontakt nach draußen war. Mit den Besuchsverboten soll die persönliche Unterstützung der Gefangenen unterbunden werden, um die Abschiebung auf alle Fälle und ohne Störung zu gewährleisten. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
Die Ereignisse der letzten Tage, der Tod des togoischen Flüchtlings in Hamburg, der Selbstmord eines Häftlings (möglicherweise auch ein Abschiebehäftling) in Wolfenbüttel, der Haftaufstand in Büren, die Flucht von 10 Gefangenen in Berlin-Mitte zeigen, daß die Abschiebepolitik zunehmend sowohl Verzweiflung als auch Widerstand unter den Betroffenen produziert. Die Bedingungen der Abschiebehaft und das Warten auf die Abschiebung sind unerträglich und werden von den Gefangenen nicht länger hingenommen!
Am 20.4.95 wurden weitere Besuchsverbote schriftlich ausgehändigt, so daß es jetzt kaum noch Leute gibt, die den Kontakt zu den Häftlingen aufrechterhalten können. Es ist aber ganz wichtig, daß dieser Kontakt nicht abbricht! Daher suchen wir noch Leute, die mit zu den Besuchsterminen nach Glasmoor fahren.
Die Besuchszeiten: Dienstags und Donnerstags von 13.00 - 16.00 Uhr.
Die Besuchergruppe trifft sich an diesen Tagen um 12.30 Uhr im Haus für Alle (s.u.). Um die Anfahrt nach Glasmoor besserer koordinieren zu können, bitte kurz bescheidgeben, ob ein PKW zur Verfügung steht oder nicht. Außerdem besteht die Möglichkeit verstärkt an die Öffentlichkeit heranzutreten, um über die Besuchsverbote und Einschränkungen von Seiten der Anstaltsleitung zu informieren sowie Beschwerden an die Justizbehörde zu schicken:

Senator Hardrath oder Staatsrat Raloff
Justizbehörde der fHStHH
Drehbahn 36
20354 Hamburg

Für das nächste Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Mai 95 um 19.30 sind nochmal alle beteiligten und interessierten Gruppen aufgefordert zu kommen, um über ein weiteres Vorgehen wegen der Besuchsverbote und den einschränkenden Maßnahmen der Behörde zu diskutieren!

Besuchsgruppe Glasmoor im Hamburger Flüchtlingsrat
Haus für Alle, Amandastraße 58, Tel. 431587, Fax 4304490

Aufruf zur Demo in Büren am 7.5. 1995

Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierten das Nazi-Regime und die deutsche Wehrmacht. Der 8. Mai ist der Tag des Gedenkens an die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus in aller Welt. Am 8. Mai 1995 sollten wir aber auch an die Täter und Täterinnen erinnern und daran, daß die große Mehrheit der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung den Faschismus getragen und den NS-Staat möglich gemacht hat. Rassismus und Antisemitismus, zwei wesentliche Elemente des deutschen Faschismus, waren in der Bevölkerung breit verankert und führten im Zusammenspiel mit einer hocheffizienten modernen Verwaltung direkt zum Völkermord an Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti sowie zur Vernichtung von psychisch Kranken, Behinderten, Homosexuellen und sogenannten "Asozialen".
Rassismus und Antisemitismus sind auch heute noch prägende Merkmale der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft. Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl im Sommer 1993 ist nur ein Ausdruck davon. Rassistische Hetze, sexistische Ausbeutung und Diskriminierung von Nicht-Deutschen ziehen sich wie ein Faden durch die deutsche Nachkriegsgeschichte, je nach politischer Konjunktur mehr oder weniger ausgeprägt. Spätestens seit der Wiedervereinigung haben sie Hochkonjunktur in diesem Land. Pogromstimmung gegen Flüchtlinge in deutschen Städten, die drastische Zunahme von Gewalttaten und Übergriffen gegen Menschen anderer Hautfarbe durch Neonazis, DurchschnittsbürgerInnen und Polizisten und die Entwicklung einer effizienten Maschinerie zur Ausgrenzung und Abschiebung unerwünschter Nicht-Deutscher kennzeichnen die heutige Lage.
Wir sehen keinen Unterschied in der Ermordung von AusländerInnen durch brandstiftende Deutsche und einem staatlichen Abschiebesystem, das Menschen in den Tod treibt. Flüchtlinge werden in Sammellagern ghettoisiert, in Abschiebeknästen gefoltert und in den Händen von BGS-Beamten totgespritzt. Fluglinien schrecken nicht davor zurück, im staatlichen Auftrag Menschen in die Gewalt derer zurück zu transportieren, vor denen sie geflohen sind.
Wir sind uns bewußt, daß es sich beim Nationalsozialismus um eine Herrschaft gehandelt hat, deren Völkermord und industrielle Tötungsmaschinerie einmalig in der Geschichte der Menschheit ist. Dennoch können wir nicht übersehen,



wurde ein erneutes Besuchsverbot mit der Begründung ausgesprochen, der Besucher habe eine unzulässige Beratung durchgeführt.
Die Schikanen machen deutlich, daß es der Anstaltsleitung darum geht, Abschiebehäflinge ohne Freunde und Familienangehörige total zu isolieren und ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, Kontakt nach draußen aufzubauen, um z.B. ihre elementarsten Rechte wahrzunehmen. Die persönliche Bewachung und das Abhören bei vertraulichen Gesprächen schüchtern die Gefangenen so ein, daß i.d.R. keine Gespräche zustandekommen, die für eine erneute Prüfung der Rechtslage notwendig wären.
Der Flüchtlingsrat hat in den letzten Monaten regelmäßige Besuche gewährleistet, die mehrmals zur Freilassung der Gefangenen geführt haben und für viele der einzige Kontakt nach draußen war. Mit den Besuchsverboten soll die persönliche Unterstützung der Gefangenen unterbunden werden, um die Abschiebung auf alle Fälle und ohne Störung zu gewährleisten. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
Die Ereignisse der letzten Tage, der Tod des togoischen Flüchtlings in Hamburg, der Selbstmord eines Häftlings (möglicherweise auch ein Abschiebehäftling) in Wolfenbüttel, der Haftaufstand in Büren, die Flucht von 10 Gefangenen in Berlin-Mitte zeigen, daß die Abschiebepolitik zunehmend sowohl Verzweiflung als auch Widerstand unter den Betroffenen produziert. Die Bedingungen der Abschiebehaft und das Warten auf die Abschiebung sind unerträglich und werden von den Gefangenen nicht länger hingenommen!
Am 20.4.95 wurden weitere Besuchsverbote schriftlich ausgehändigt, so daß es jetzt kaum noch Leute gibt, die den Kontakt zu den Häftlingen aufrechterhalten können. Es ist aber ganz wichtig, daß dieser Kontakt nicht abbricht! Daher suchen wir noch Leute, die mit zu den Besuchsterminen nach Glasmoor fahren.
Die Besuchszeiten: Dienstags und Donnerstags von 13.00 - 16.00 Uhr.
Die Besuchergruppe trifft sich an diesen Tagen um 12.30 Uhr im Haus für Alle (s.u.). Um die Anfahrt nach Glasmoor besserer koordinieren zu können, bitte kurz bescheidgeben, ob ein PKW zur Verfügung steht oder nicht. Außerdem besteht die Möglichkeit verstärkt an die Öffentlichkeit heranzutreten, um über die Besuchsverbote und Einschränkungen von Seiten der Anstaltsleitung zu informieren sowie Beschwerden an die Justizbehörde zu schicken:

Senator Hardrath oder Staatsrat Raloff
Justizbehörde der fHStHH
Drehbahn 36
20354 Hamburg

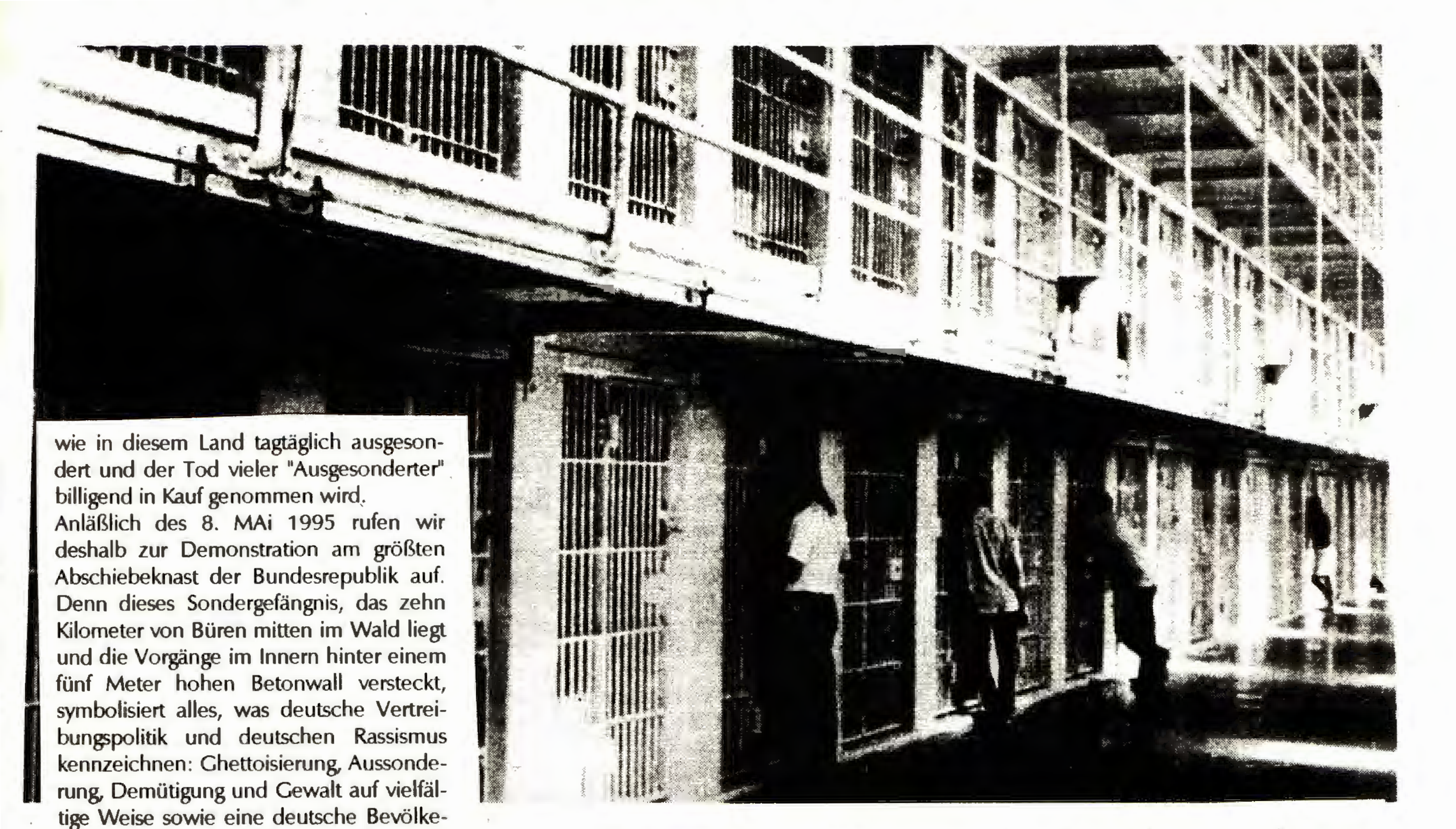
Für das nächste Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Mai 95 um 19.30 sind nochmal alle beteiligten und interessierten Gruppen aufgefordert zu kommen, um über ein weiteres Vorgehen wegen der Besuchsverbote und den einschränkenden Maßnahmen der Behörde zu diskutieren!

Besuchsgruppe Glasmoor im Hamburger Flüchtlingsrat
Haus für Alle, Amandastraße 58, Tel. 431587, Fax 4304490

Aufruf zur Demo in Büren am 7.5. 1995

Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierten das Nazi-Regime und die deutsche Wehrmacht. Der 8. Mai ist der Tag des Gedenkens an die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus in aller Welt. Am 8. Mai 1995 sollten wir aber auch an die Täter und Täterinnen erinnern und daran, daß die große Mehrheit der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung den Faschismus getragen und den NS-Staat möglich gemacht hat. Rassismus und Antisemitismus, zwei wesentliche Elemente des deutschen Faschismus, waren in der Bevölkerung breit verankert und führten im Zusammenspiel mit einer hocheffizienten modernen Verwaltung direkt zum Völkermord an Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti sowie zur Vernichtung von psychisch Kranken, Behinderten, Homosexuellen und sogenannten "Asozialen".
Rassismus und Antisemitismus sind auch heute noch prägende Merkmale der wiedervereinigten deutschen Gesellschaft. Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl im Sommer 1993 ist nur ein Ausdruck davon. Rassistische Hetze, sexistische Ausbeutung und Diskriminierung von Nicht-Deutschen ziehen sich wie ein Faden durch die deutsche Nachkriegsgeschichte, je nach politischer Konjunktur mehr oder weniger ausgeprägt. Spätestens seit der Wiedervereinigung haben sie Hochkonjunktur in diesem Land. Pogromstimmung gegen Flüchtlinge in deutschen Städten, die drastische Zunahme von Gewalttaten und Übergriffen gegen Menschen anderer Hautfarbe durch Neonazis, DurchschnittsbürgerInnen und Polizisten und die Entwicklung einer effizienten Maschinerie zur Ausgrenzung und Abschiebung unerwünschter Nicht-Deutscher kennzeichnen die heutige Lage.
Wir sehen keinen Unterschied in der Ermordung von AusländerInnen durch brandstiftende Deutsche und einem staatlichen Abschiebesystem, das Menschen in den Tod treibt. Flüchtlinge werden in Sammellagern ghettoisiert, in Abschiebeknästen gefoltert und in den Händen von BGS-Beamten totgespritzt. Fluglinien schrecken nicht davor zurück, im staatlichen Auftrag Menschen in die Gewalt derer zurück zu transportieren, vor denen sie geflohen sind.
Wir sind uns bewußt, daß es sich beim Nationalsozialismus um eine Herrschaft gehandelt hat, deren Völkermord und industrielle Tötungsmaschinerie einmalig in der Geschichte der Menschheit ist. Dennoch können wir nicht übersehen,





wie in diesem Land tagtäglich ausgesondert und der Tod vieler "Ausgesonderter" billigend in Kauf genommen wird.
Anläßlich des 8. MAi 1995 rufen wir deshalb zur Demonstration am größten Abschiebeknast der Bundesrepublik auf. Denn dieses Sondergefängnis, das zehn Kilometer von Büren mitten im Wald liegt und die Vorgänge im Innern hinter einem fünf Meter hohen Betonwall versteckt, symbolisiert alles, was deutsche Vertreibungspolitik und deutschen Rassismus kennzeichnen: Ghettoisierung, Aussonderung, Demütigung und Gewalt auf vielfältige Weise sowie eine deutsche Bevölkerungsmehrheit, die wieder einmal von nichts wissen will. Auf der anderen Seite zeigt der Knast aber auch den Widerstand, den Flüchtlinge allerorts und selbst unter den brutalen Bedingungen der Abschiebehaft leisten. Immer wieder kommt es zu Protestaktionen einzelner Gefangener, revoltierten ganze Gruppen gegen ihre Inhaftierungg und drohende Abschiebung.

Mit der Demonstration am 7. Mai in Büren wollen wir die Flüchtlinge unterstützen. Wir wollen den Knast und die Politik, die er versinnbildlicht, ans Licht der Öffentlichkeit zerrren. Wir wollen das neuerliche Schweigen durchbrechen und zeigen, daß Widerstand möglich ist.

Busfahrkarten ab Hamburg 20.- DM.
Unbedingt vorher kaufen bei:
Flüchtlingsrat Hamburg, Amandastr. 58, Tel. 431587 / 4302058
oder
Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, Tel. 446095
Treffpunkte: Sonntag, 7.5.1995
7.30 Uhr Busbahnhof Garstedt (Norderstedt)
8.30 Uhr U/S-Bahnhof Sternschanze (Hamburg)

Weg mit den rassistischen Sondergesetzen
Weg mit dem Ausländergesetz
Keine Abschiebungen - Keine Abschiebeknäste

Antirassistische Initiativen und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen aus NRW
Kontakt über Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12, Tel. 05251/730337

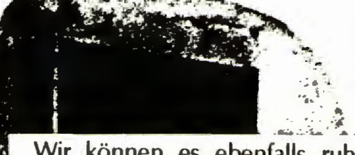
Kein Verjähren, kein Vergeben, kein Vergessen!

Am 13. Oktober 1943 haben deutsche Soldaten der Wehrmacht in der italienischen Kleinstadt Caiazzo, 80 km nördlich von Neapel, unter dem Kommando des Leutnants Wolfgang Lehnigk-Emden 7 Zivilisten (4 Männer, 2 Frauen und einen 14-jährigen Jungen) hingerichtet, weil sie angeblich versucht hätten, den herannahenden Amerikanern Lichtzeichen zu geben.
Wenig später metzelten sie weitere 15 Menschen - 5 Frauen und 10 Kinder - mit Handgranaten, Bajonetten und Pistolen nieder.
Das jüngste Opfer, die kleine Elena, war gerade 3, das älteste 77 Jahre alt.
Die Augenzeugen, die das Massaker damals entdeckten, berichten von zerstückelten Körperteilen, von vergewaltigten und anschließend mit Bajonetten verstümmelten Frauenkörpern.
Am 1. März 1995 erklärte der Karlsuher Bundesgerichtshof (BGH) die Greueltaten des Leutnants Wolfgang Lehnigk-Emden für verjährt. Begründung: Die Verjährungszeit läuft ab dem Zeitpunkt des Massakers und nicht erst ab dem Zeitpunkt der Konstituierung der BRD. Denn - laut BGH-Urteil - hätte die Wehrmacht dies gewußt, hätte sie das Massaker bestraft! Mit anderen Worten: es wird der Wehrmacht Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Gerechtigkeit bescheinigt!

Somit wird von der höchsten Instanz der BRD wieder einmal die Revision der Geschichte und die gleichzeitige Reinwaschung der Vernichtungsfeldzüge der Wehmacht gegen die Zivilbevölkerung in den eroberten Ländern vorangetrieben.
Zur Erinnerung: Dem Ex-Minister für Staatssicherheit der Ex-DDR und Politbüromitglied der SED, Erich Mielke, wurde wegen des ihm angelasteten Mordes an zwei Polizisten aus dem Jahr 1931 (!) keine Verjährung eingeräumt.
Der Kriegsverbrecher Wolfgang Lehnigk-Emden lebt als angesehener Architekt, als SPD-Kommunalpolitiker, als Aktiver der Arbeiterwohlfahrt, als Mitgründer des örtlichen Verbandes der Kriegsopfer und Hinterbliebenen und als Präsident der "Großen Ochtendunger Karnevalsgesellschaft" im rheinland-pfälzischen Ochtendung.
Er muß ganz zufrieden sein. Nicht nur wegen des Urteils. Das ganze Dorf - insbesondere nach Bekanntgabe seines Verbrechens - steht voll auf seiner Seite: ein sicheres Hinterland! Ein Fernsehteam, das im Dorf drehen wollte, ist von der dort ansässigen Volksgemeinschaft verjagt worden.

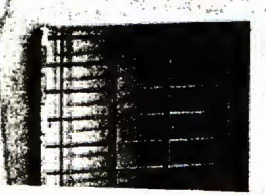
Hervorzuheben wäre seine Beliebtheit als Karnevalspräsident. Das einzige, was sie deswegen bedauern und unverhüllt vor den Fernsehkameras äußern, ist, daß er

wegen dieser "Anschuldigungen" als Vereinspräsident zurücktreten mußte. Und daß ihr Dorf jetzt in die Schlagzeilen geraten ist. Sonst keine Probleme: "Es war schließlich Krieg" und "was wollen Sie denn?".
Sein Sohn wundert sich über die Reaktion der Angehörigen der Opfer: "Diese Itaker (= Schimpfwort für Italiener, d.V.) sind zu emotional". Er will damit sagen, daß sein Volk schon andere zahlenmäßig größere Verbrechen veranstaltet hat. Und jetzt wegen 22 Zivilisten so viel Wirbel!
Die SPD wollte ihre Entscheidung - ob er aus der Partei ausgeschlossen werden soll oder nicht - vom Urteil des BGH abhängig machen. Schließlich kann man verdiente Kommunalpolitiker nicht so einfach hängen lassen. Das Urteil ist gefällt, er kann bleiben.
Auch der Karnevalsverein kann aufatmen. Lehnigk-Emdens Organisationstalent und -erfahrung eignen sich für beides: für Vernichtungsfeldzüge und für Faschingsumzüge; beides für das Gemüt der deutschen Heiterkeit. Seine "Tapferkeit" hat sich wieder gelohnt ("Hätte ich gewußt, daß man mich später dafür einsperrt, hätte ich noch viel mehr Leute umgebracht", prahlte er vor seinen Mitgefangenen, als er von den Amerikanern verhaftet wurde).
Für diese 14-tägige Gefangenschaft hat Wolfgang Lehnigk-Emden beim BGH Haftentschädiggung beantragt!
Nach der umfangreichen Berichterstattung des "BGH-Skandals" in der deutschen Presse herrscht wieder Ruhe im Land.



Wir können es ebenfalls ruhen lassen. Oder unbedingt dafür sorgen, daß das Verbrechen nie vergessen wird. Daß der glückliche Ochtendunger Mob nicht ohne weiteres zur Ruhe kommt.
Wir haben uns für das zweite entschieden.
Wir, u.a. MigrantInnen aus Ländern, in denen die deutsche Wehrmacht gewütet hat (in Griechenland z.B wurden für jeden von den Partisanen getöteten deutschen Soldaten 10 Zivilisten umgebracht, für jeden getöteten deutschen Offizier ALLE EinwohnerInnen des nächstliegenden Ortes - meistens Frauen, Kinder und ältere Menschen, die nicht rechtzeitig fliehen konnten - und der Ort dem Erdboden gleichgemacht), werden dafür sorgen müssen, daß das Verbrechen, der

Anläßlich des 8. Mai, 50 Jahre nach der Kapitulation Deutschlands und seiner Volksgemeinschaft (erbitterter Widerstand bis zum Ende), 50 Jahre nach der Befreiung der überlebenden KZ-Häftlinge und der besetzten Länder, wollen wir dorthin gehen und demonstrieren, wo konkret der nachträgliche Sieg über die Geschichte dieser Population artikuliert wird.



Verbrecher, seine BeschützerInnen und das Land, das sie beherbergt, vorgeführt werden.
Sie haben dafür gesorgt, daß es durch ihre Greueltaten keine Überlebenden gab. Die Annahme, daß sie dadurch in Ruhe gelassen werden, erweist sich als Trugschluß: Sie werden immer und immer wieder mit den Nachkommen ihrer Opfer konfrontiert.
Denn noch gibt es diese Chance der Offenlegung des Deutschtums und seiner Verbrechen. Noch können sie sich mit Kriegsverbrechern, die noch leben, identifizieren und somit ihre Vernichtungsbereitschaft artikulieren bzw. ihre "Normalität" bloßlegen.
Dort, wo die Zeit (immerhin 50 Jahre danach) keine Risse in der Kontinuität des völkischen Zusammenhalts erzeugt.
Daher wenden wir uns an alle, die das Ganze nicht einfach hinnehmen wollen mit der Aufforderung, gemeinsam am 7. Mai 1995, vor Ort (Ochtendung) zu demonstrieren.
Es gibt kein sicheres Hinterland!

MigrantInnengruppen in der BRD
(Aus Hamburg: Volkshaus, Radi Emigrec, Buchladen Yol)

Auftaktkundgebung: Ochtendung-Ortsmitte, Platz vor der Kirche (Es gibt nur eine), Beginn: 15.00 Uhr
Redebeiträge: MigrantInnengruppen sowie der Sprecher des "Komitees der Angehörigen" (wurde eingeladen)
Abfahrt-Treffpunkt: Volkshaus, 10.00 Uhr
Vorbereitungstreffen: 3. Mai 95, 18.30 im Volkshaus, Neuer Kamp 31, 20359 HH, Tel:040/45 69 67 (über Continent)
Infotel.-Caiazzo in Frankfurt: 069/70 33 37 (Mo u. Do 19-21 Uhr)

Ansprache am 9. April in Buchenwald

von Emil Carlebach

Wir trauern um mehr als 60.000 Kameraden, Väter, Brüder, Söhne, die hier auf dem Boden dieses KZ ermordet wurden. Durch Deutsche.
Wir trauern um weitere 10.000, die von hier aus nach Auschwitz, nach Dora, auf Todesmärsche geschickt wurden. Durch Deutsche.
Aber wir als deutsche Antifaschisten sind stolz darauf, daß wir in unbeugsamem Widerstand 21.000 Kameraden aller Nationalitäten vor der Ermordung retten konnten, unter ihnen 3000 jüdische Menschen, 903 hilflose Kinder, die wir vor den Bestien schützen konnten, die sich unsere "deutschen Landsleute" nennen, und die sich im Zuge des kalten Krieges wieder als nützlich für eine zukünftige Barbarei anbieten konnten.
Kein Mensch hätte in Buchenwald umkommen müssen, wenn uns nicht 1933 die angeblichen Demokraten der Weimarer Republik feige und verräterisch im Stich gelassen hätten. Die Minister und Abgeordneten, die Richter, Staatsanwälte und Beamten, die Offiziere und Polizeichefs - zu 99 % hatten sie nur eines im Sinn: dabei zu sein, mitzumachen, wenn die Beute verteilt wurde.
Sie sind weiter "ehrenwerte deutsche Wirtschaftsführer". Sie sitzen im Wirtschaftsrat von Parteien, die sich demokratisch nennen. Sie heben die Hand nicht mehr zum Hitlergruß, sondern nur noch zum Kassieren ihrer blutbesudelten Dividenden.
Und die Herren Offiziere, die in Ost und West Dörfer und Städte zerbombten? Die Frauen und Kinder unter den Trümmern und in den Flammen ihrer Wohnstätten qualvoll umkommen ließen. Die Geiseln an die Wand stellten und Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau schleppten?



Sie haben die neue Wehrmacht aufgebaut - nach zwei Weltkriegen zum drittenmal. Sie beziehen Pension und tragen ihre Hitler-Orden weiter, denn sie haben ja "wohlerworbene Ansprüche" an den Staat, der schon wieder dabei ist, seine jetzige Wehrmacht weltweit einzusetzen. Weltweit!
Nein, das haben wir nicht gewollt, als wir hier auf dem Appellplatz den Schwur leisteten, nicht zu ruhen, bis der Letzte der Schuldigen vor den Richtern der Völker steht. Und eine Welt des Friedens und der Freiheit aufbauen zu helfen.
Es sah ja zunächst so aus, als ob unser Schwur in Erfüllung ginge: Zehn Jahre lang existierte Deutschland ohne Armee.



Das Grundgesetz von 1949 kannte keine deutschen Soldaten.
Die Konzerne sollten aufgelöst werden, die Nazipartei wurde verboten. Ihre Helfershelfer interniert.
Auch hier in Buchenwald wurden die Verdächtigen in denselben Stacheldraht eingesperrt, hinter dem zuvor 60.000 unserer Kameraden umgekommen waren.
Aber dann setzte "die Wende" ein. Das war lange vor 1989: Der Mann, der das Handbuch für Auschwitz und den Holocaust geschrieben hatte, Herr Globke, wurde der Mann, der den Staatsapparat in Westdeutschland aufbaute und seine alten Freunde wieder in Amt und Würden brachte.
Ein Altnazi, der von den Amerikanern zwei Jahre lang interniert worden war, wie die Russen hier andere internierten, der Altnazi Kiesinger, wurde gar Bundeskanzler, Chef der Regierung des von Herrn Globke zusmmengestellten Staatsapparats. Und es wären noch viele Namen zu nennen.
Die Antifaschisten wurden wieder ausgegrenzt, verleumdet, verfolgt. Die aber, die nach 1945 auf Alliierten-Beschluß interniert worden waren, die werden nun zu "Märtyrern der Nation" hochstilisiert.
Das traf nicht nur uns, die Masse der unbekannten Nazi-Opfer. Auch der Bundeskanzler Willy Brandt, Nobelpreisträger, wurde im Wahlkampf durch "demokratische" Konkurrenten als "Landesverräter" beschimpft, weil er die Uniform eines von den Nazis vergewaltigten Landes getragen hatte.
Der Leiter der "politischen Abteilung" von Buchenwald, also der Gestapo-Chef des KZ, SS-Hauptsturmführer Leclaire, wurde Kriminalbeamter in Düsseldorf.
Der berüchtigte Rapportführer Strippel, dessen Blutspur sich von Buchenwald durch Polen bis Holland zieht, bis er am Schluß noch in Hamburg jüdische Kinder an Heizungsrohren aufhängen ließ - dieser Mann wurde zunächst tatsächlich verurteilt - und dann, weil seine Strafe angeblich "zu hoch" gewesen sei, mit 125.000 DM "entschädigt".
125.000 DM - eine solche Summe erhielt keines der Opfer dieses deutschen Herrenmenschen.
Der Mörder Ernst Thälmanns, der SS-Stabsscharführer Otto, wurde freigesprochen - und wurde Religionslehrer!
Und die Giftgas-Verbrecher? Die Blutsäufer, die aus unserer Sklavenarbeit Millionen und Abermillionen scheffelten? Die IG-Farben? Der Siemens-Konzern? Die Flick und Krupp, die Deutsche und Dresdner Bank und wie sie alle hießen und heißen?
Sie sind reich und reicher geworden an unserer Sklavenarbeit!



An den Goldzähnen, die sie unseren Vätern, Brüdern und Söhnen haben ausreißen lassen!
An den Frauenhaaren, die sie den im Gas der IG-Farben erstickten Müttern, Schwestern und Töchtern haben abschneiden lassen!
Und natürlich paßte diese Gedenkstätte, dieses Mahnmal des Widerstands, der Selbstbefreiung der Antifaschisten nicht in diese Athmosphäre. Nein: die Internierten von 1945, die sollen "angemessen gewürdigt" werden.
Wir aber, so darf es sogar gedruckt verbreitet werden, wir, die wir 21.000 Opfer der Nazis gerettet haben; wir, die wir 903 Kinder beschützt und vor der Gaskammer gerettet haben, wir hätten doch mit der SS zusammengearbeitet!?
Warum diese dreiste Lüge? Die Erklärung ist einfach: es soll vergessen gemacht werden, wer tatsächlich mit den Verbrechern und ihrem Terrorregime zusammengearbeitet - bis 5 Minuren nach 12 - zusammengeabeitet hat: die Generäle und Offiziere, die Beamten und Richter, die Polizeichefs und Staatsanwälte. Sie waren Stütze und Träger des Regimes, das wir bekämpften und bekämpfen. Aber das soll totgeschwiegen werden.
Und wenn es bisher nicht gelungen ist, diese unsere Gedenkstätte zu liquidieren, aus ihr eine Nazi-Walhalla zu machen, dann danken wir das vor allem Euch, die Ihr in aller Welt, in USA wie in Frankreich, in Israel wie in Dänemark, in Belgien, Holland wie hier in Deutschland selbst, in kameradschaftlicher Solidarität mit uns diese unsere Gedenkstätte gegen alle Anschläge verteidigt habt.
Morgen oder übermorgen seid Ihr wieder zuhause; aber laßt nicht nach in Eurer Wachsamkeit. Laßt Euch durch schöne Worte nicht beruhigen. Unser Schwur gilt heute wie vor 50 Jahren:
"Für eine Welt des Friedens und der Freiheit".

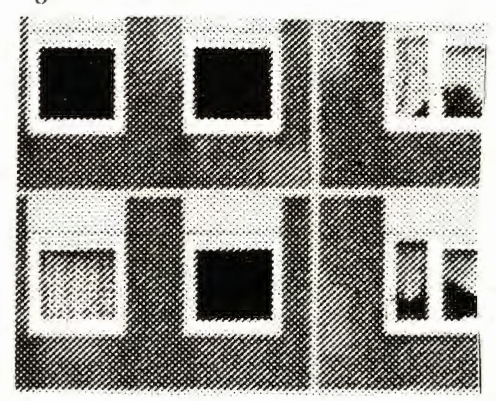
Zu Frieden und Freiheit aber gehört die Tradition des Kampfes gegen Faschismus, gegen Antisemitismus, Rassenhaß, Militarismus und Herrenmenschentum.
In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint. Denn es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder.



Papier einiger Hamburger Frauen zum Autonomiekongreß

Dieser Text wurde auf dem Autonomie-Kongreß in Berlin am zweiten Tag verlesen.

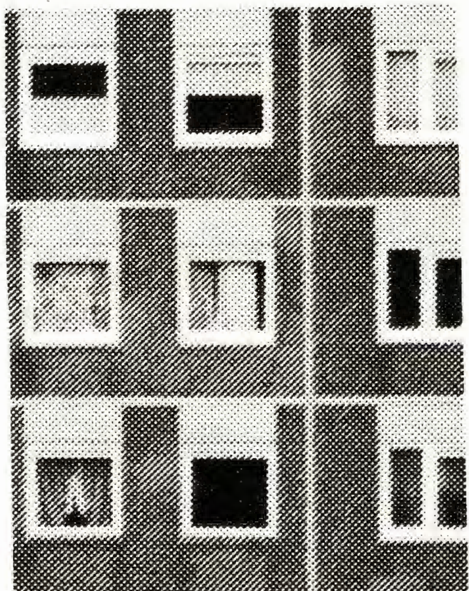
Vorab möchten wir sagen, daß wir mit allen hier anwesenden Frauen und Lesben solidarisch sind. Mit allen Frauen und Lesben, die die Power hatten sich in die Kongreßvorbereitung hineinzustürzen oder einfach aus Interesse jetzt hier sind. Wir wollen mit dem, was wir sagen werden, die Arbeit, die Frauen und Lesben in den Kongreß hineingesteckt haben, nicht zudecken. Wir sehen das alles!
Frauen sollten sich von diesem Beitrag zwar angesprochen aber inhaltlich nicht gemeint fühlen.



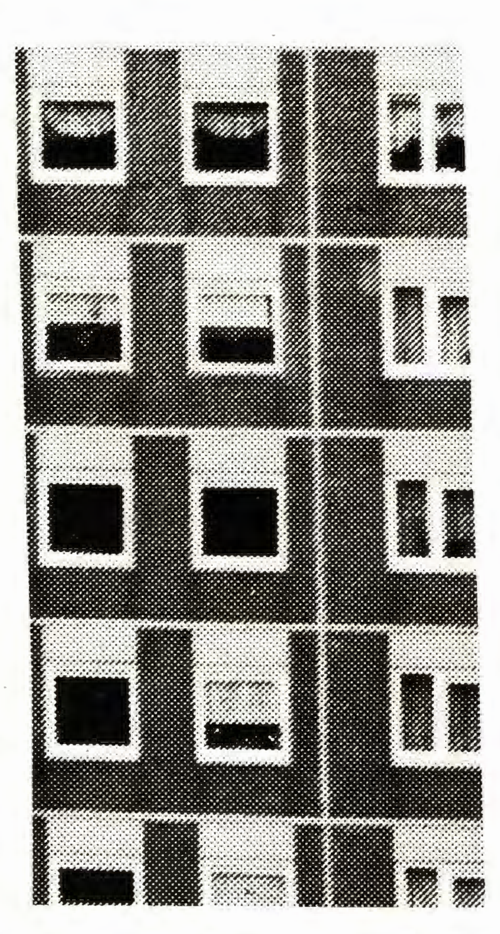
Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen???

Wir Feministinnen aus verschiedenen Hamburger Gruppen sind heute nicht hier, obwohl wir Teil der undogmatischen linksradikalen Bewegungen sind! Wir mußten während der letzten 1 1/2 Jahre der Kongreßvorbereitung feststellen, daß dieser Kongreß mit unserer Politik wenig zu tun hat. Weiter ist uns aufgefallen, daß die Politik von MigrantInnengruppen und auch anderen mehr sich in diesem Kongreß ebenfalls nicht wiederfinden. Das kritisieren wir!
Wir schicken diese Erklärung, weil wir diesen Kongreß, der für DIE undogmatischen linksradikalen Bewegungen sprechen und Perspektiven entwickeln will, nicht unwidersprochen stehen lassen wollen.
Auch ist bekannt, daß über 50% der Weltbevölkerung Frauen sind. Trotzdem haben hier weiße Männer mal wieder von ihrer Definitionsmacht Gebrauch gemacht und wollen das, was undogmatische linksradikale Politik ausmacht, fast gänzlich allein bestimmen.
Die Tatsache, daß viele Frauen aus der Vorbereitung rausgegegangen sind, zeigt, daß die Diskussionen wie üblich von Männern dominiert wurden. Weder in der gesamten Vorbereitung, noch auf dem Kongreß selber sind feministische Themen vertreten. Deshalb definieren wir diesen Kongreß inhaltlich als autonomen Männerkongreß.

Unsere Diskussionen der letzten 1 1/2 Jahre hatten eine Bestimmung, die sich auf diesem Kongreß an keinem Punkt wiederfindet. Diese Diskussionen haben wir schwerpunktmäßig immer wieder in die gemischte Szene hineingetragen. Wir sprechen von der Kampagne gegen Sexismus in der Linken. Veröffentlichungen von Kindesmißhandlern, Vergewaltigern, Vergewaltiger-Verteidigern, Heiter bis Wolkig und Slime als Täter und Täterschützer bis hin zu den Interviews "Was Männer in der Linken schon immer wußten bzw. nie wissen wollten" und den Interviews über Sexualität und Herrschaft, die BRD-weit veröffentlicht wurden und Konsequenzen von Hamburg bis Freiburg hatten. In diesen Diskussionen ging es auch um die Analyse vom Patriarchat und seine Mechanismen der Herrschaftssicherung sowie um feministische Perspektiven von Befreiung. Dies war keine abstrakt-theoretische Auseinandersetzung, sondern stellt unseren Alltag innerhalb der undogmatischen linksradikalen Bewegungen dar. Es geht um Euch: Nicht mal mehr Genossen auf der Straße - immer noch Faschisten im Bett. Wir wissen, daß Ihr diese Auseinandersetzung kennt.
Feminismus ist keine Abspaltung der undogmatischen linksradikalen Bewegungen, Feminismus ist eine Erweiterung und darüber hinaus eine Neubestimmung linksradikaler Politik, mit dem Ziel der



Befreiung von jeder Herrschaftsform und dies international. Ein Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen muß dies als zentralen Bestandteil enthalten. Der Widerstand, der uns von Männern immer wieder in den genannten Diskussionen und Auseinandersetzungen entgegengesetzt wurde, hat entscheidend dazu beigetragen, daß wir uns nicht in die



Vorbereitung des Kongresses eingebracht haben.
Ihr, unsere sog. Genossen, wart nicht in der Lage die anstehenden Diskussionen und aktuellen Themen in die Kongreßvorbereitung hineinzutragen. Die Themen, die über euren Tellerrand hinaus Bedeutung haben und diskutiert werden, werden nicht für den Kongreß als notwendige Themenschwerpunkte erachtet. So geht es weder um Rassismus, auch in der Linken, Internationalismus oder gar um die Entwicklung praktischer Solidartät mit Flüchtlingen, um nur einige Beispiele zu nennen. Euer Teller ist ziemlich klein geworden, Genossen!
Statt dessen wird über die Krise gejammert und nach Neubestimmung Ausschau gehalten; im alten Brei und nur auf dem eigenen Teller gewühlt und bisher, so scheints, nichts gefunden.
Ihr solltet aufpassen, Genossen, daß die Neubestimmung der undogmatischen linksradikalen Bewegungen nicht ohne Euch vonstatten geht. Die Ansätze von Neubestimmung unserer Politk sind schon länger in der Politik von Frauen, MigrantInnengruppen und auch manchen anderen Gruppen zu finden. Diese sind hier allerdings kaum vertreten.
Wenn Ihr nicht willens oder fähig seid Euch mit dieser Neubestimmung auseinanderzusetzen, dann verläuft hier tatsächlich eine deutliche Trennungslinie!



Identität in der Krise

Redebeitrag der Hamburger Kongreßvorbereitung zum 2. Tag des Autonomiekongresses, 15.4.95

Der folgende Redebeitrag wurde von der Hamburger Kongreßini am 2. Kongreßtag auf der Eingangsveranstaltung gehalten. Die zwei streckenweise sich widersprechenden Positionen wurden von unterschiedlichen Leuten vorgetragen. Im Text sind sie durch den kursiven Satz voneinander abgehoben.

Guten Morgen,

Heute soll es ja nun um Abgrenzungen, Trennungslinien und das Verhältnis der verschiedenen Bewegungen zueinander gehen. In der Hamburger Kongreßvorbereitung blieb über die Gründe und Konsequenzen der verschiedenen Trennungsprozesse der letzten Jahre in einigen Punkten eine Kontroverse bestehen. Deswegen präsentieren wir euch jetzt eine Position, und unsere Genossen zur Linken stellen an einigen strittigen Punkten die Gegenposition dar.

Wenn wir hier die Trennungs- bzw. Spaltungslinien der Linken thematisieren, dann in einer Situation, in der wir selbst, die Hamburger Kongreßvorbereitung, in jeder Hinsicht Beispiel für diese Trennungslinien sind. Von der Hamburger Kongreßvorbereitung ist, nachdem es bei den ersten Treffen noch ein großes Interesse und zahlreiche Beteiligung gab, in den Monaten vor dem Kongreß nur noch ein kleines Häuflein übriggeblieben. Nachdem schon länger Männer die deutliche Mehrheit stellten – wie es in autonomen Gruppen ja meistens üblich ist – waren wir am Ende nur noch eine handvoll Männer aus der alten linksradikalen Szene. Auf uns treffen so ziemlich alle Vorurteile zu, die es so über die autonome Szene gibt: weiß, Mann, Bürgersohn.

Wir arbeiten alle in gemischten Zusammenhängen und gleichzeitig versucht ein Teil die antipatriarchale Diskussion unter Männern zu organisieren.

Die vielfältigen Trennungslinien der linksradikalen, undogmatischen Bewegungen haben unsere politische Arbeit der letzten Jahre wesentlich mitbestimmt und schwieriger gemacht. In Hamburg gibt es schon seit längerer Zeit keine regelmäßiges Treffen autonomer Gruppen mehr, auf dem über aktuelle oder allgemeine Fragen diskutiert werden könnte. Mehrere Versuche, so einen Austausch wieder hinzubekommen sind in den letzten Jahren kläglich gescheitert, weil es zwar von vielen ein Interesse an solchen Treffen gab, aber schon nach kürzester Zeit niemand mehr wußte, was auf diesen Treffen eigentlich beredet werden soll. Gemeinsame Treffen finden – wenn überhaupt – eigentlich nur noch statt, wenn es eine konkrete Aktion, wie z.B. eine Demo, vorzubereiten gibt, oder wenn mal wieder irgendeine Schweinerei passiert ist. Oder es gibt Treffen verschiedener Antira- oder Antifagruppen, wo aber auch wieder nur über das eigene Thema diskutiert wird und Gruppen, die nicht dasselbe Spezialgebiet beackern erst gar nicht eingeladen werden oder, wenn sie eingeladen werden, diese nicht kommen.

Natürlich wollen wir, wenn wir hier die Zersplitterung und Kommunikationslosigkeit der Hamburger Linken beklagen, nicht die Einheit der Linken herbeireden oder sagen, die Zersplitterung sei eine neue Entwicklung. Wir halten nicht viel von Einheit; und Fraktionierungen und das Nebeneinander verschiedener Strömungen mit zum Teil gegensätzlichen Ansätzen gab es in der Linken, solange es sie gibt; und das war oft auch gut so! Die erbitterten Streits der 70er und 80er Jahre beispielsweise um die Frage der Solidarität mit den internationalen Befreiungsbewegungen oder unser Verhältnis zu Bürgerinitiativen oder Gruppen der Reformlinken waren – so paradox das erst einmal klingt – Ausdruck einer gemeinsamen politischen Perspektive oder zumindest eines gemeinsamen Politikfelds. Solange sich die verschiedenen Fraktionen auseinandersetzten, bedeutete das, sie nah-



men die Standpunkte und Inhalte der anderen war und hatten ein Interesse, sie zu beeinflussen, auch, wenn die ideologischen Gräben oft unüberwindbar waren. Ohne hier Schönfärberei zu betreiben, manifestierte sich doch in den kräftezehrenden und aufreibenden Auseinandersetzungen innerhalb einer autonomen Linken ihr gemeinsames Projekt der gesellschaftlichen Veränderung – das Projekt der Autonomie. Das traf natürlich auch damals schon nicht auf alle Auseinandersetzung zu. Seit es die Linke gibt, ist ihre Geschichte reich an Auseinandersetzungen, in denen es allein um die Durchsetzung einer Machtposition ging, in denen die politischen Gegner nicht mehr als Gegner sondern als Feinde gesehen wurden. Da gibt es Beispiele aus den 20ern genauso wie aus den 80ern.

Wenn wir heute die Reste der Linken betrachten, sehen wir nur noch wenige Diskussionen und erstrecht keinen Streit um eine gemeinsame Perspektive mehr. Wenn wir sagen, daß wir die aktuelle Situation der Zersplitterung als Schwäche empfinden, dann nicht, weil wir lieber eine geeinte und nach außen stark auftretende Linke hätten, sondern, weil wir denken, daß nur aus einer Perspektive gemeinsamen Interesses eine emanzipative Politik entwickelt werden kann – und dafür brauchen wir eine gemeinsame Diskussion.

Wir denken, daß spätestens seit Ende der 80er Jahre ein Prozeß eingesetzt hat, in dem sich die verschiedenen Gruppen zunehmend voneinander isoliert haben. Die Gründe für diese Entwicklung sehen wir zum größten Teil in den Fehlern der 70er und 80er, die uns schließlich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus mit voller Wucht auf die Füße gefallen sind.

Die verschiedenen Politikfelder driften immer weiter auseinander, die einzelnen Themen werden immer mehr den jeweiligen SpezialistInnen überlassen, nur noch selten mischen sich Gruppen in politische Diskussionen ein, die außerhalb ihres Spezialgebiets liegen. Selbst, wenn der Wunsch nach Einmischung besteht, läßt er sich kaum mehr umsetzen, weil – zumindest in Hamburg – auch gar keine Strukturen mehr existieren, in denen ein Streit ausgetragen werden könnte. Das führt jedoch in der Regel dazu, daß die Einzelthemen nicht mehr in einen größeren politischen Zusammenhang eingebunden werden und es praktisch unmöglich wird, auch nur noch Ansätze der eigenen Vorstellungen in der Gesellschaft durchzusetzen.

Ausdruck dieser Entwicklung ist, daß sich spätestens seit '89 autonome Politik mit wenigen Ausnahmen auf Abwehrkämpfe gegen staatliche Repression, gegen den Nationalismus und Rassismus im wiedervereinigten Deutschland und gegen die wiedererstarkende faschistische Organisierung beschränkt. Und das, nachdem manche Ziele der 80er sogar erreicht worden sind: Viele der geforderten Freiräume sind legalisiert und sind doch heute meistens Leerräume, mit denen wir gar nichts anzufangen wissen.

Diese Enklavenbildung, das Desinteresse, sich in die Themen und Auseinandersetzungen der anderen einzumischen, die Delegierung der Verantwortung auf die SpezialistInnen stellt sich für uns als ganz praktisches Problem, das unsere tägliche politische Arbeit erschwert und manchmal unmöglich macht. Wir verstehen nicht, wie Leute, die den Anspruch haben, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern, kein Interesse an Auseinandersetzungen haben können, die außerhalb ihres politischen Schwerpunkts liegen und uns leuchtet das Argument der individuellen Arbeitsüberlastung nicht ein.

Neben dieser Tendenz zur immer stärkeren Isolierung bestimmen aber weitere Trennungslinien den aktuellen Zustand der linksradikalen Szene, die auf einer anderen Ebene deutlich gemacht haben, daß von einer gemeinsamen politischen Bewegung nicht gesprochen werden kann. Auch wenn der desolate Zustand der Szene die tägliche Politik bestimmt, haben diese Trennungen viel tiefgreifendere Auswirkungen auf die Perspektiven einer linken Politik, weil sie Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen sind. Im folgenden sprechen wir über die aus unser Perspektive wichtigsten zwei Widersprüche, ohne damit zu behaupten, das seien die einzigen relevanten gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse.

Sexismus und Rassismus finden sich – und das natürlich nicht erst seit ein paar Jahren, sondern seit es die Linke gibt – als gesellschaftliche Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse in der Linken wieder; wenn auch oft in subtilerer Form. Die Nichtbeteiligung organisierter Frauenzusammenhänge und die Tatsache, daß – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – keine MigrantInnen das Kongreßprojekt mittragen wollten, verdeutlicht nur noch einmal, wie schwierig und teilweise vielleicht sogar unmöglich eine gemeinsame Politik aufgrund dieser Widersprüche heute ist. Die getrennte Organisierung entlang dieser Widersprüche läßt sich nicht mit den sonstigen historischen und aktuellen Spaltungen der Linken über einen Kamm scheren. Wo wir, die wir hier auf diesem Podium sitzen, den restlinken Splittergruppen Engstirnigkeit und Desinteresse an einer gemeinsamen Perspektive durchaus vorwerfen, tun wir dies nicht gegenüber Frauen oder MigrantInnen. Wir treffen diese Unterscheidung, nicht weil wir denken, daß es keine gemeinsame Perspektive mit Frauen oder MigrantInnen gäbe, sondern im Bewußtsein der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Wir sehen die



Verantwortung für die Trennung etwa am Widerspruch Sexismus in den patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft, dieser Szene und damit bei uns.
Wir begreifen die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Politik oder auch nur Auseinandersetzung. Unter den gegebenen Bedingungen sind die Chancen, Gehör zu finden, oder die eigene Position durchzusetzen höchst ungleich verteilt und wir sehen es als unsere Aufgabe an, dort wo wir dies können, die Ausgangsbedingungen zu verändern und damit die Basis einer gemeinsamen Auseinandersetzung zu verbessern. Die gemeinsame Auseinandersetzung über die Nationalitäten- und Geschlechtergrenzen hinweg ist für uns aber immer Ziel. Wir können uns keine eigene, emanzipatorische Politik vorstellen, in der Frauen und MigrantInnen nicht vorkommen, weil die Diskussion mit ihnen und natürlich die Kritik von ihnen für unsere eigene Emanzipation unabdingbar ist. Unsere Utopie beinhaltet eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in der alle vorkommen, in der alle als Kollektiv aufeinander angewiesen und von einander abhängig sind. Wenn wir sagen, daß wir uns keine Politik ohne Frauen und MigrantInnen als gleichberechtigte Teile vorstellen können und trotzdem einen Kongreß veranstalten, der auf weiten Teilen von Männern dominiert ist und in Hamburg zuletzt nur noch von Männern vorbereitet wurde, dann ist das ein Widerspruch. Wir haben den Kongreß trotzdem mitorganisiert, nicht, um den Widerspruch beiseite zu wischen oder zu übergehen, sondern um ihn hier zum Thema zu machen. Wir tun das im Bewußtsein der Gefahr, daß genau das hier auf dem Kongreß nicht aufgegriffen werden könnte und durch die Nicht-Thematisierung die bestehenden Abgrenzungen weiter zementiert werden. Wir wollen jedoch den Schritt, für Bedingungen einzutreten, die die Auseinandersetzung mit uns als weißen Männern ermöglichen und gleichzeitig die Auseinandersetzung zu suchen, nicht auf irgendwann verschieben. Dieser Prozeß muß immer anfangen und wird nie zu ende sein.
Die Bedingungen zu verändern beschränkt sich nicht auf solche Formalien wie gleiche Redezeit, Quotierung etc.. Uns geht es vielmehr darum, einerseits ein Bewußtsein für die Verantwortung der Männer in Unterdrückungsverhältnissen zu schaffen und andererseits aufzuzeigen, was wir zu gewinnen haben, wenn wir die Ausbeutungsverhältnisse, von denen wir komplett materiell profitieren, abschaffen.
Damit wollen wir jetzt nicht sagen, wir sind die Guten. Wir sind an dem Prozeß interessiert, nicht an fertigen Ergebnissen, nicht an dem Tag X der Befreiung, der fertigen Bedingungen. In dem Prozeß der Entwicklung sehen wir die Notwendigkeit, daß sich anhand gemeinsamer Interessen organisiert wird. Was nicht heute beginnt, wird nie beginnen.

Beim Thema Patriarchat kann es kein gemeinsames Interesse von Frauen und Männern geben. Es gibt zwar das beiderseitige diffuse Interesse an Herrschaftsfreiheit und bei vielen Männern sicherlich auch den Willlen, nicht unterdrücken zu wollen, aber trotzdem agieren Männer und Frauen aus diametral entgegengesetzten Positionen heraus, da sie in einem Unterdrückungsverhältnis zueinander stehen. Daraus resultiert erstmal grundsätzlich ein unterschiedlicher Weg der Emanzipation bzw. des Kampfes gegen patriarchale Strukturen in uns und in der Gesllschaft.
Ob ein Zusammenkommen an anderen Punkten, im Kampf gegen andere Unterdrückungsverhältnisse möglich ist, ist schwieriger zu beantworten. Wenn Frauen sich darauf einlassen, ist das ihre Entscheidung. Jedoch gibt es auch in diesem dann scheinbar gemeinsamen Kampf unterschiedliche Herangehensweisen. Beispielsweise den Kampf gegen Faschisten führen Männer und Frauen aus unterschiedlichen Positionen heraus, auch wenn das Ziel erst einmal gleich sein mag. In keinem gemeinsam geführten Kampf dürfen diese Unterschiedlichkeiten weggewischt und zum Nebenwiderspruch gemacht werden, sondern wir müssen uns dessen bewußt sein und dies thematisieren. Dies nicht zu tun, würde die patriarchalen Strukturen verfestigen. Dies sehen wir als große Gefahr bei jedem Kampf gegen einen "gemeinsamen" äußeren Feind. Deswegen finden wir an vielen Punkten eine Trennung richtig, um die inhaltlichen Positionen festzustellen, damit nichts weggewischt wird. Erst klare Positionierungen von anderen uns gegenüber bringen uns Männer zum Umdenken.
Es ist falsch, in dieser Situation die Suche nach gemeinsamen Kämpfen zu einem wichtigen Punkt zu machen oder die Auseinandersetzung über gemeinsame Kämpfe von FrauenLesben einzufordern. Um es noch einmal klar zu sagen: die Verantwortung für die Situation liegt bei den Männern. Da sollte es uns fern liegen, über Gemeinsamkeiten reden zu wollen, bzw. haben wir keine Berechtigung, irgendetwas einzufordern. Momentan, da so etwas wie eine fortschrittliche Diskussion unter Männern erst im Ansatz vorhanden ist, sind die Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf nicht geschaffen. Und wir Männer sind es, die diese schaffen müssen. Wenn wir in diesem Prozeß weiter kommen, wird sich schon zeigen, ob wieder mehr zusammen gehen kann. Wie gesagt: jetzt



ist der falsche Zeitpunkt, diese Fragen zu stellen, wir Männer sollten aufhören, uns zu beklagen und stattdessen eine antipatriarchale Diskussion unter uns organisieren, um so auch gemischte Strukturen zu ermöglichen.
Die Schwäche ist nicht, daß es keinen gemeinsamen Kampf gibt, sondern die Schwäche ist, daß patriarchale Strukturen in unseren Zusammenhängen viel zu wenig thematisiert und angegangen werden.
Eine gemischte Organisierung ist nur dann politisch vertretbar und richtig, wenn in dieser gleichzeitig eine kontinuierliche antipatriarchale Auseinandersetzung unter Männern stattfindet. Wir sind gegen eine politische Selbstorganisierung von Männern aber sehr wohl für die Organisierung der Diskussion unter Männern.

Uns geht es nicht darum, von anderen irgendetwas einzufordern. Wir wünschen uns aber die Bereitschaft sich in eine gemeinsame Auseinandersetzung zu begeben und das Projekt der Autonomie nicht auf irgendwann später aufzuschieben. Nur so können alle subjektiv erfahrenen Widersprüche zeitgleich und ohne eine verordnete Priorität bekämpft werden. D.h. nur in den vielfältigen und unterschiedlichen Politikansätzen wird eine Hierarchie der Unterdrückungsverhältnisse, wird der Hauptwiderspruch und die Suche nach dem einen revolutionären Subjekt ausgeschlossen. Statt dessen entstehen eine Menge unterschiedlicher revolutionärer Subjekte, die sich über ihre Utopie streiten und die damit wirklich ihren Weg der Befreiung gehen. Diesen Ansatz sehen wir nur in einer Bewegung möglich, die auf Subjektivität, Eigenverantwortlichkeit und offene Kollektivität aufgebaut ist, einer autonomen Bewegung.
Bei der Organisierung anhand gemeinsamer Interessen und aufgrund von gemeinsam erfahrener Unterdrückung erkennen wir aber auch die Gefahr der Herausbildung spezifischer Identitäten, die neben den schon beschriebenen Widersprüchen dem Prozeß einer gesamtgesellschaftlichen Emanzipation im Wege stehen.



AMERICA UNDER COMMUNISM!

Wenn die aus der Selbstorganisierung gewonnene Stärke in der gemeinsamen Auseinandersetzung die eigene Position verbessert, dann ist das ein politischer Erfolg, der eine Perspektive eröffnet. Führt die Selbstorganisierung zu einer völligen Abgrenzung, dann wird aus dieser Stärke eine Schwäche. Die Selbstorganisierung der eigenen Interessen wird zur Verteidigung von Identitäten. Dies gilt gerade auch für die autonome Bewegung, die auf ihren Freiräumen sitzt und ihre Interessen nicht mehr vergesellschaften kann.
Die Suche nach Identität bestimmt viele der linken Auseinandersetzungen: Das geht von der autonomen Streetfighter-Identität der Hausbesetzer über die Stadtteilidentitäten und die oft absurden Abgrenzungen unter den KonsumentInnen der verschiedenen aktuellen Musikstile. Kollektive Identitäten schaffen immer einen schön überschaubaren Raum, in dem die vielfältigen Widersprüche der Gesellschaft ausgeblendet werden. Kollektive Identität schafft ein Wir-Gefühl, schafft also eine widerspruchsfreie Gemeinsamkeit nach innen und Abgrenzung nach außen, bei der gemeinsame Interessen mit anderen Kollektiven nicht mehr gesehen werden dürfen. Identität bedeutet völlige Identifikation und ist damit etwas anderes, als ein Bewußtsein für die eigene gesellschaftliche Position.
In dem Prozeß der Identifizierung geht dann oft der Blick dafür verloren, daß die Identitäten, auf die wir uns berufen garnicht selbst gewählt, sondern stattdessen gesellschaftliche Konstrukte sind, die im Prozeß der Befreiung überwunden werden müssen.
Das trifft auf die Beispiele der Streetfighter- und Stadtteilidentität genauso zu wie auf - als Mittel zur Emanzipation verstandene - Identitäten, wie Proletarisch-Sein, Frau-Sein, MigrantIn-Sein und neuerdings scheinbar auch Mann-Sein. Sie alle sind gesellschaftliche Konstruktionen, die von außen aufgezwungen wurden, und die wir überwinden wollen.
Wir sehen das Problem der Identitätsfalle nicht darin, sich anhand gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Erfahrungen von Unterdrückung oder Widerstand zu organisieren. Kollektive Identitäten entstehen in der Regel aus der gemeinsam empfundene Situation als Unterdrückte in einem Herrschaftsverhältnis. Sie haben mit emanzipativer Politik nichts mehr zu tun, wenn die Gründe für die Gemeinsamkeiten, nicht mehr als äußere Zuschreibungen, nicht mehr als herrschende Konstruke wahrgenommen werden.

Grundsätzlich gilt für uns, daß es keine Einmischung in die Politik sich selbst organisierender Gruppen aus der herrschenden Position geben darf; eben nur dann, wenn die Diskussion von diesen Gruppen gewollt ist. Dies ist zur Zeit jedoch nur selten der Fall, sondern es findet eine eindeutige Abgrenzung z.B. von FrauenLesben gegenüber Männern statt, die, um beim Beispiel zu bleiben, vielen Frauen erst den Kampf gegen das Unterdrückungsverhältnis Patriarchat ermöglicht. Da können wir als Männer, als Angegriffene, die wir in einem Ausbeuterverhältnis zu Frauen stehen, diesen Angriff nicht zurückweisen und die Frauen kritisieren. Identitäten sind eindeutig als Konstrukte zu verstehen. Eine Identität wird in erster Linie durch die herrschenden Verhältnisse aufgedrückt, welche dann aber positiv besetzt und umgedeutet werden kann, um daraus eine Stärke zu entwickeln. Dann müssen wir aber auch damit umgehen, wenn eine neue, kämpferische Identität als Abgrenzung zu uns benutzt wird und eben nicht nur mit der Lupe oder dem Fernglas mögliche Fehler bei anderen suchen.
Es ist unser Armutszeugnis, daß Frauen oder MigrantInnen sich - auf unterschiedliche Weise und aus unterschiedlichen Gründen - von uns abgrenzen. In der Szene wurden in den letzten Jahren keine Bedingungen geschaffen, daß es gemeinsam weiter gehen kann.

Aber nicht die Zuschreibung von außen in den Unterdrückungsverhältnissen macht jemanden zum revolutionären Subjekt, sondern nur der Versuch der Aufhebung derselben schafft dies. In diesem Punkt haben wir uns beispielsweise schon immer von den diversen K-Gruppen unterschieden, die allein den objektiven Klassenstandpunkt als ausschlaggebenden Faktor bei der Bestimmung des revolutionären Subjekts gesehen haben.
In unserer Utopie gibt es keine gesellschaftlichen Männer- oder Frauenrollen, kein weiß, kein schwarz, und unsere Utopie fängt nicht in der Zukunft an, sondern hier und heute, täglich oder gar nicht.

Selbstverständlich ist es unsere Utopie, daß wir die Konstrukte und Identitäten auflösen. Jedoch sind die momentanen Verhältnisse nicht so, als daß es jetzt schon darum gehen könnte. Die Forderung, daß es am besten jetzt schon ohne Identitäten an verschiedenen Punkten zusammenkommen soll und das Gerede von der Utopie, die wir ja alle haben, verkennt die existierenden Gewaltverhältnisse. Leute, die diesen Ansatz vertreten, müssen sich damit auseinandersetzen, ob sie dies nicht nur tun, um die Gewaltverhältnisse zu vertuschen.



Aber auch innerhalb der falschen Verhältnisse unternehmen wir den Versuch, in einem Prozeß der Auseinandersetzung diese herrschenden Konstrukte - unsere Fesseln - zu zerstören und uns gemeinsam nach unseren erstrittenen Vorstellungen zu entwickeln, in diesem Schritt sind wir frei und selbsverantwortlich. Alle können es versuchen, ihren Weg der Emanzipation zu beginnen.
In diesem Verständnis gesellschaftlicher Veränderung gibt es keine ewigen Opfer und Täter. Natürlich machen wir individuelle Täter für ihre Taten verantwortlich, aber die Aufteilung der Welt in Täter und Opfer ist statisch; sie sieht auf der Täterseite keine Veränderungsmöglichkeit und nimmt die Opfer nicht als handelnde Subjekte wahr. In der Rede von Opfern und Tätern geht es nur um die Verteilung von Schuld.
Wir sagen damit nicht, daß alle die selben Chancen oder Ausgangsbedingungen haben. Gerade aus unterdrückter Position heraus ist der Schritt sich zu wehren oft

fast unmöglich, aber in ihrem Willen sich zu wehren sind dennoch alle frei sich zu entscheiden. Genauso wie sie frei sind, es einfach sein zulassen; darin liegt ihre Verantwortung. Gerade die, welche Herrschaft ausüben, müssen verantworten, warum sie daran nicht rütteln, aus dieser Verantwortung werden wir sie nicht entlassen. Aber wir nehmen dann auch die ernst, welche sich entschieden haben, sich zu hinterfragen, Machtstrukturen anzugehen und für eine Befreiung zu kämpfen.
Zum Schluß wollen wir noch einmal sagen, was wir mit dem gerade Vorgetragenen eigentlich bezwecken und was wir auf keinen Fall bezwecken wollen. Als erstes und wichtigstes: dies ist kein Angriff auf die Selbstorganisierung und wir hoffen sehr, mit dem Text keine unheiligen Allianzen mit denen eingegangen zu sein, die die geschlossene Einheit der Linken (am besten noch unter ihrer Anleitung) einklagen. Wir haben unsere Gedanken zur Bewegung erzählt, unsere Vorstellung von Befreiung. Daraus haben sich Forderungen ergeben, die wir gestellt haben, Forderungen an die Männer hier im Saal Bedingungen für eine gemeinsame Auseinandersetzung zu schaffen; und Forderungen an politische Gruppen, ein Interesse zu entwickeln, sich miteinander über ihre Vorstellungen zu streiten; und wir haben Wünsche geäußert, in diesen ganzen Prozessen nicht allein gelassen, sondern kritisiert zu werden. Wir wollen keine Wahrheiten verkünden, sondern unsere Meinung zur Diskussion stellen und von den anderen ihre Einschätzungen erfahren. Am schönsten fänden wir es, wenn alle diese Punkte hier auf dem Kongreß im Ansatz passieren würden! In diesem Sinne ...

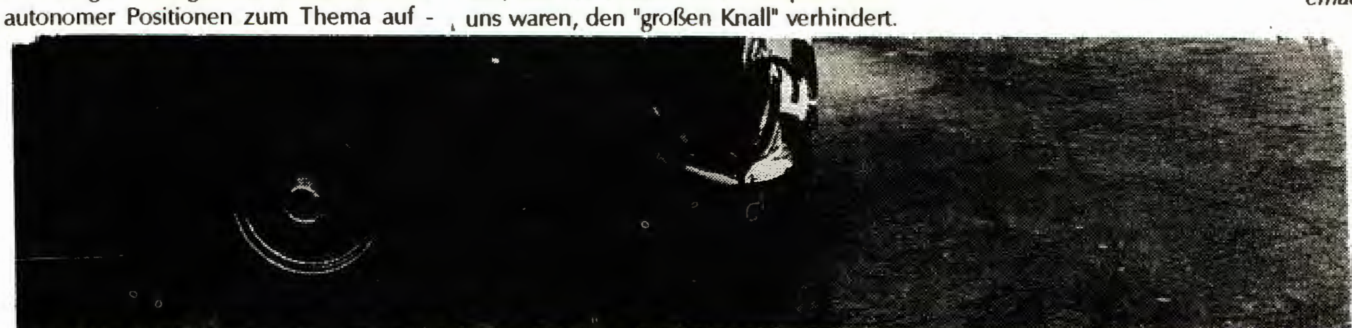


Der Kongreß tanzte

subjektive Eindrücke eines männlichen Autonomen

Nun, der Kongreß in Berlin fand statt, allen Schwierigkeiten im Vorfeld zum Trotz, und gemessen an den Erwartungen/Befürchtungen war er m.E. sogar überraschend gut. 2-3.000 Leute tummelten sich drei Tage lang an der Technischen Uni, die Stimmung war geprägt von dem Bedürfnis nach gemeinsamer Diskussion - ohne in pseudo-Harmonie bestehende Konflikte zu leugnen. Der wesentlichste Konflikt war sicher der zwischen Frauen und Männern - über Sexismus/Patriarchat wurde in vielen AG's diskutiert, das Thema stand einfach den ganzen Kongreß über im Vordergrund. Dazu beigetragen hat sicherlich auch das Verlesen des Papiers der Hamburger Frauen (das in dieser Ausgabe abgedruckt ist) auf dem Eröffnungsplenum am Sonnabend.
Die Diskussionen in den (gemischten) AG's zeigten weitgehend die Bandbreite autonomer Positionen zum Thema auf - was von Männern da z.T. an Positionen vertreten wurde, war schon sehr erschreckend und ernüchternd. Ganz offensichtlich gibt es unter autonomen Männern keinen gemeinsamen Diskussionsstand - aufgrund einer fehlenden Basis muß immer wieder ganz von vorne angefangen werden. In den meisten (nicht allen) Diskussionen, die ich erlebt habe, war aber ein konstruktiver Austausch möglich. Ich hatte das Gefühl, es bewegt sich was in unseren Männerköpfen - langsam zwar, aber immerhin.
Andere Konfliktlinien waren Jung/Alt (es gab sehr gute Erfahrungen mit der Jugendetage, die vielen Jungen den Zugang zum Kongreß erleichterte) und deutsche Weiße/EmigrantInnen. Letztere waren auf dem Kongreß fast nicht vertreten. Von den wenigen, die da waren, berichteten einige von Ignoranz, die ihnen (auch) auf dem Kongreß entgegengebracht wurde. An diesem Punkt hat wohl nur die Tatsache, daß wir weiße Deutsche quasi unter uns waren, den "großen Knall" verhindert.
Überhaupt waren die Bereiche EmigrantInnen, Flüchtlinge, Internationalismus thematisch weiße Flecken auf dem Kongreß - daran haben auch AGs zu Chiapas und Kurdistan nix ändern können.
"Es war ein wunderschönes Happening - aber so kommen wir politisch nicht ins 21.Jahrhundert" äußerte ein Mann auf dem Abschlußplenum. Und so war es auch. Die drei Tage waren voll von spannenden Diskussionen und interessanten Begegnungen - durch das Konzept der Klein-AGs gab es aber wenig kongreßübergreifende Diskussionen zu den thematischen "Tagesthemen". Zurück bleibt - auch wesentlich durch die sehr powervolle Abschlußdemo zum Abschiebeknast Kruppstraße - das positive Gefühl, daß "wir" mehr sind als die autonome Kleinfamilie zuhause, die sich auf jämmerlichen Kleindemos zusammenfindet...
Und wer hätte von dem Kongreß ernsthaft viel mehr zu erwarten gewagt....?

emadz



Der Castor kam ...

Liebe Zeck-Redaktion,
ich weiß, etwas Schriftliches aus dem Wendland ist angesagt, einen Tag nach dieser Castor-Einlagerung. Ich bin aber noch so aufgewühlt von dem, was gestern hier abgelaufen ist, daß mir die kühle Analyse so gar nicht gelingt. Deshalb jetzt nur Eindrücke.
Zu den offiziell angekündigten Aktionen sind wir schon so hingegangen unter dem Gesichtspunkt: Das ist nicht unser Teil, da sollen sich doch die blöden Bürgers mit ihrem unerschütterlichen Glauben an den lieben Gott, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie abhaspeln. Und dann geht das doch wieder so überhaupt nicht: dann stehst du da neben so einer peacigen Sitzblockade, die bei aller peacigkeit den Schweinen nicht ganz ins Konzept paßt, und siehst dir an, wie die Schergen SitzblockiererInnen unter -zig laufenden/knipsenden Kameras "abräumen"; klar, zunächst tragen sie die Leute weg, aber nicht ohne dabei Hälse, Arme, Füße aufs übelste zu verdrehen; wenns SEKler sind, rammen sie häufig ihre Tonfas in die Bäuche der BlockiererInnen, auch kleinen Mädchen von unter 15 Jahren, still, heimlich und "unter der Hand"; das Schmerzgeschrei der Leute kann dann unter "überängstlicher Reaktion" registriert werden für die anwesende Presse. Und dann wirst du hassig, hassig, hassig! und schreist das raus, und dann bekommst du es natürlich auch ab, Kameras hin oder her.
"Keine Gewalt, keine Gewalt!" schreien die Bürgers ohne Ende. Heben die Hände hoch, einige ziehen sich nackt aus und lassen sich von den zum Teil auf höchstmöglichen Druck geschalteten Wasserwerfern von der Straße wischen.
Es gab endlos viele verletzte DemonstrantInnen: vom alten Bäuerlein mit aufgeschlitzter Hand bis zu Massen von Leuten mit Platzwunden/Prellungen im Gesicht von Faustschlägen a la Berliner-Bullen-Spezialität (die Berliner Bullen und die Magdeburger Schergen waren übrigens die Schlimmsten).
Hundestaffeln, die mal eben so ein bißchen locker ließen mit entsprechenden Verletzten; Pferdestaffeln, die gottseidank nicht zum Einsatz kamen.
Aber: die Schweine haben sich viele, viele neue Feinde gemacht; ich kenne einige sehr junge SchülerInnen, die in diesen Tagen ihre ersten heftigen Demoerfahrungen machten und die Lektion ihres Lebens erhalten haben über diesen Staat und das, was ihnen persönlich widerfahren ist und das, was sie beobachtet haben. Beispiel: bei einer SchülerInnenblockade vor der Lüchower Polizeikaserne fährt ein Gefängniswagen aus Oldenburg in die Gruppe und bis Brusthöhe über einen Jungen, der sich nicht mehr retten kann, er bleibt nur deshalb unverletzt, weil er längs zur Fahrtrichtung liegt. Die Polizei weigert sich anschließend schlicht, eine Anzeige entgegenzunehmen.
Und ich denke, viele erwachsene Bürger haben auch was gelernt.
Und trotzdem: ganz viele der persönlich Betroffenen/Verletzten haben sich nicht entblödet, mit den Schergen nach dem Gemetzel und dieser bedrohlichen Castor-Einlagerung zu reden, zu reden, zu reden nach dem Motto "zersetzen wir die Truppen". Das war nach dieser Demonstration der staatlichen All- und Übermacht für mich das Schlimmste: die Mehrzahl der ProtestiererInnen bildet sich wirklich ein, die Schweine mit Argumenten von ihrem Tun abhalten zu können! Es ist gar nicht so, daß es nicht eine Menge Bullen gibt, die gegen diesen Castor sind, aber das ist doch gar nicht das Problem: verlangt der Dienstherr, x-beliebiges durchzusetzen, dann ist da eben ihr Job und das ist das einzig Wichtige und Ausschlaggebende für die deutsche Untertanenmentalität (ausgerechnet eine Hamburger Einsatzgruppe hat sich laut Elbe-Jeetzel-Zeitung geweigert, bei der Räumung einer Sitzblockade, an der auch sog."Behinderte" teilnahmen, Schlagstöcke einzusetzen: wenn das nicht mal ein Gerücht ist...).
Völlig gefrustet waren wir, daß es auf dem Transport durch die BRD nicht zu nennenswerten Aktionen gekommen ist: bei ein bißchen sorgfältigerer Planung gibt es doch ohne Ende Möglichkeiten. Aber es war ja nicht der letzte Transport, spätestens im Juni sollen die ersten Teile aus Frankreich kommen und zur Zeit sind von der BI bis zu uns alle fest entschlossen, die Transportkosten in die Höhe zu treiben.

Jetzt, wiederum zwei Tage später, bestätigt sich das mit dem Eigentor für diesen Staat: Ganz oft steht die Wut über die Brutalität des Bulleneinsatzes im Vordergrund und es wird tüchtig auf Rache gesonnen. Nicht untypische Szene: Bullenwache Lüchow, tiefste Provinz, ein ca.50-jähriges Prol-Paar muß zu irgendwas eine Anzeige loswerden und nutzt die Gelegenheit, um den diensthabenden Beamten aufs heftigste zu beschimpfen wegen des Einsatzes am letzten Dienstag; in allen Einzelheiten muß er sich anhören, was sie erlebt haben und er zieht förmlich den Kopf ein, stottert "ich war doch gar nicht dabei" usw. Und eine 14-jährige erklärt, daß sie jetzt erst versteht, warum bei gewissen Demos den Bullen immer so haßerfüllte Parolen entgegengeschleudert werden und daß sie überhaupt beim nächsten Transport mehr fürs Bombenlegen an Gleisen und so ist und dabei unbedingt mitmachen möchte...
Viele, die dieses Mal nicht dabei waren, wollen im Juni mitkommen, aber ohne passiv ihre Körper hinzuhalten - ihr auch??
Verstrahlte aber hoffnungsfrohe Grüße aus dem Wendland

Platzverweis für Antifas

AntifaschistInnen aus Wuppertal im Vorfeld der Gedenkveranstaltung in Ravensbrück sieben Stunden festgehalten

Es sollte eine besondere Lektion werden, die den 33 zumeist jugendlichen GedenkstättenfahrerInnen von der Brandenburger Polizei zuteil wurde. Die mit Veranstaltungen mit überlebenden Häftlingen und zu verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten gut vorbereitete Fahrt zur Gedenkfeier nach Ravensbrück am 23.4. endete auf einen von Stacheldraht begrenzten Gelände der ehemaligen Volkspolizei in Gransee.

Sonntag morgen um 9.30 Uhr wurde der Wuppertaler Bus auf einem Parkplatz circa 8 km vor Fürstenberg von der Polizei gestoppt und an der Weiterfahrt zur Gedenkstätte Ravensbrück gehindert. Die Gruppe wollte an der Gedenkfeier anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Ravensbrück teilnehmen. Im Vorfeld hatten die AntifaschistInnen die Gedenkstätte besucht und dort am Samstag Kontakt mit dem Freundschaftskreis Lagergemeinschaft Ravensbrück aufgenommen. Von dem Freundschafts-kreis wurden sie gebeten, 10 Frauen zu delegieren, die an der Kranzniederlegung teilnehmen sollten. Dazu hate es ein kurzes Gespräch mit der ehemaligen Gefangenen und heutigen Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Gertrud Müller, gegeben. Es wurde vereinbart, sich am Sontag um 10.00 Uhr zu treffen, um den genauen Ablauf abzusprechen.

Nachdem die AntifaschistInnen, die schon am Vortag von Zivis u.a. aus Wuppertal observiert wurden, von einem massiven Polizeiaufgebot aufgehalten wurden, konnte weder Kontakt zu Frauen des Freundschaftskreises aufgenommen wer-den noch eine Weiterfahrt bzw. Freilassung bewirkt werden. Begründung der Festnahme seitens der Bullen: "Der Veranstalter hat kein Interesse an der Teilnahme der Gruppe." Offizieller Veranstalter der Gedenkfeier war das Land Brandenburg, das ab diesem Tag auch das Hausrecht hatte.

Der Bus wurde samt Gruppe in das Polizeipräsidium Gransee gebracht, wo die Personalien festgestellt wurden. Zwei Frauen, die keinen Perso bei sich hatten, wurden erkennungsdienstlich behandelt. Mit den unterschiedlichsten Begründungen wurde die Freilassung bis zum Ende der Gedenkfeiern in Ravensbrück und Sachsenhausen hinausgezögert. Um circa 17.00 Uhr wurde die Gruppe von zwei Streifenwagen eskortiert bis zur Brandenburgischen Landesgrenze gebracht. Zuvor wurde ihnen, da sie "unerwünschte Personen" seien, ein Platzverbot für das Land Brandenburg erteilt.

Zwei begleitenden JournalistInnen wurde die Akkreditierung seitens der Bullen verweigert. Ihnen wurde das Betreten der Gedenkstätte mit der Begründung, sie seien unerwünscht und es bestehe seitens der Veranstalter kein Interesse an ihrer Anwesenheit und Teilnahme, ebenfalls verweigert. Sie wurden mit einem Platzverweis versehen und unter Androhung einer Inhaftnahme aus der Stadt eskortiert.



§129a in Göttingen

Zwischen dem 20.03. und dem 23.03.95 erhielten fünf Menschen in Göttingen Anklageschriften zugesandt, in denen ihnen von der Staatsanwaltschaft (StA Heimgärtner) schwerer Landfriedensbruch, versuchter Totschlag und versuchte Brandstiftung vorgeworfen werden. Diese Straftaten sollen sie im Oktober 91 bei einer Aktion gegen das FAP-Schulungszentrum in Mackenrode verübt haben. Nach der Aktion hatten die Bullen an Straßensperren in der Umgebung von Mackenrode willkürlich die Personalien von 15 Personen festgestellt.

Einer Reihe der Faschisten, die von den Aktionen in Mackenrode betroffen waren, wurde mindestens eine Lichtbildmappe vorgelegt, in der sich Fotos von diversen Personen befanden, die die Bullen der autonomen Szene zurechneten. Durch diese Lichtbildmappe und die Personalienfeststellungen kamen die Bullen auf mindestens 40 Personen, gegen die in diesem Zusammenhang ermittelt wurde.

Ein wesentlicher Teil der Ermittlungsarbeit bestand seit Herbst 91 darin, Menschen aus der autonomen Szene Göttingens zu observieren und ihre Telefone abzuhören. Parallel dazu wurde die Lichtbildmappe kontinuierlich aufgestockt.

Aufbauend auf den Aussagen führender Faschisten (darunter Thorsten Heise, Landesvorsitzender der (mittlerweile verbotenen) FAP und Glenn Goertz, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der FAP) zimmert sich die Göttinger Staatsanwaltschaft ihr Lügenkonstrukt zusammen.

Diese Anklagen stehen ebenso wie die Verfahren gegen den Buchladen "Rote Straße", Antifa (M) und andere im Zusammenhang mit den Gesinnungsschnüffeleien von LKA und Generalstaatsanwaltschaft seit mindestens 1991 (17, von der Staatsanwaltschaft der Antifa (M) zugerechnete Personen erhielten am 18.2.95 Anklageschriften wegen "Bildung einer kriminellen" und "Werbung für eine terroristische Vereinigung").

Der Versuch, linke und autonome Politik über eine breitangelegte Kriminalisierung zu diffamieren, soll letztlich auch eine Solidarisierung mit den Angeklagten verhindern.

Solidarität mit ALLEN Angeklagten!

Widerstand ist nicht kriminell, sondern notwendig!



Sofortige Freilassung aller irischen politischen Gefangenen in der BRD!

Vor dem Oberlandesgericht Celle sind vier IrInnen angeklagt wegen eines Bombenanschlages auf eine Kaserne der britischen Armee in Osnabrück 1989, den sie als Mitglieder der IRA begangen haben sollen. Außerdem wird ihnen die Ausspionierung britischer Militäreinrichtungen in der BRD zur Last gelegt.

Drei der Angeklagten (Poilin und Donncha O'Kane sowie Padraig Murray) befinden bzw. befanden sich seit Juli 89 in Haft, zunächst in Frankreich, seit Mitte 92 in der BRD. Im September 94 wurde der Haftbefehl gegen Poilin O'Kane außer Vollzug gesetzt, das Verfahren gegen sie läuft aber weiter. Sie hat die Auflage, sich jeden zweiten Tag bei der Polizei zu melden.

Im damaligen Auslieferungsverfahren von Frankreich an die BRD wurde den Angeklagten noch zur Last gelegt, an einem Sprengstoffanschlag in Hannover am 2.7.1989 beteiligt gewesen zu sein. Wegen dieses Vorwurfes stimmten französische Gerichte der Auslieferung zu. Schon vor der Auslieferung war der Haftbefehl gegen die vierte Angeklagte, Donna Maguire (s. u.), hinsichtlich des Anschlages in Hannover aufgehoben worden. Auch gegen die drei anderen wurde der Haftbefehl soweit er diesen Anschlag betraf, unmittelbar nach der Auslieferung aufgehoben, weil es keine Beweise für eine Beteiligung ihrerseits gab. Dies wußten die deutschen Behörden schon vor der Auslieferung, haben die französischen Behörden jedoch bewußt getäuscht. Einen Antrag, das Verfahren aufgrund dieses Verstoßes gegen das Völkerrecht sofort zu beenden, wurde von dem Oberlandesgericht abgelehnt.

Donna Maguire ist ähnlich lange in Haft. Sie wurde am 12.7.1989 in Irland festgenommen, 6 Monat später aber von allen Vorwürfen freigesprochen, im Oktober 1990 in Belgien erneut verhaftet und in die Niederlande ausgeliefert. Dort wurde sie von der Anklage der Ermordung zweier australischer Touristen sowie der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung freigesprochen. Am 7.10.1991 wurde sie in die BRD ausgeliefert. Hier war sie in einem weiteren Verfahren vor dem OLG Düsseldorf angeklagt, in dem sie im Juni 1994, zusammen mit Paul Hughes und Sean Hick, freigesprochen wurden. Während die beiden Männer auch frei kamen, wurde Donna von Düsseldorf nach Hannover verlegt. Gegen sie wurde das gleiche Verfahren wie gegen die anderen drei begonnen - aber davon abgetrennt, sodaß jetzt ein Verfahren mit denselben Zeugen und Gericht wiederholt wird.

Die Anklage gegen alle vier stützte sich zunächst vor allem auf zwei Zeugen, die einige der Angeklagten am Nachmittag vor dem Anschlag in Osnabrück in Tatortnähe und unter "verdächtigen Umständen" gesehen haben wollen. Bei der Vernehmung in der Hauptverhandlung stellte sich dann heraus, daß deren Beobachtungen nichts mit den Angeklagten zu tun hatten. Dennoch geht das Oberlandesgericht Celle weiter von einem dringenden Tatverdacht gegen die Angeklagten aus. Gestützt wird dies auf minimale Sprengstoffspuren in einer Mietwohnung und in einem ebenfalls gemieteten PKW sowie einem Zettel, der bei der Festnahme zweier weiterer angeblicher Gruppenmitglieder in Irland gefunden worden war. Auf diesem Zettel stand u. a. das Datum, an dem der Anschlag in Osnabrück stattfand. Selbst das Gericht stellte fest, daß sich eine unmittelbare Anwesenheit der Angeklagten am Tatort damit nicht beweisen läßt. Dennoch meint es wegen der genannten Sachen, daß die vier (zumindest im juristischen Sinne) TäterInnen des Anschlages waren. Auf dieser dürftigen Grundlage befinden sich drei der Angeklagten noch immer in Haft. In dem Verfahren gegen Donncha, Padraig und Poilin ist Mitte März diesen Jahres die Beweisaufnahme abgeschlossen worden, so daß jetzt nur noch die Plädoyers und das Urteil ausstehen. Das Urteil ist im Mai zu erwarten - und es ist zu befürchten, daß mit den zurechtinterpretierten Punkten eine Verurteilung durchgezogen wird.

Hätte nach bürgerlicher Rechtsauffassung der Mangel an Beweisen schon längst zur Freilassung führen müssen, ist angesichts der politischen Entwicklung in Irland das Verfahren zudem noch ein Angriff auf den dortigen Friedensprozeß und auf den legitimen irischen Befreiungskampf. Dies Verfahren muß soweit beendet und alle vier freigelassen werden!

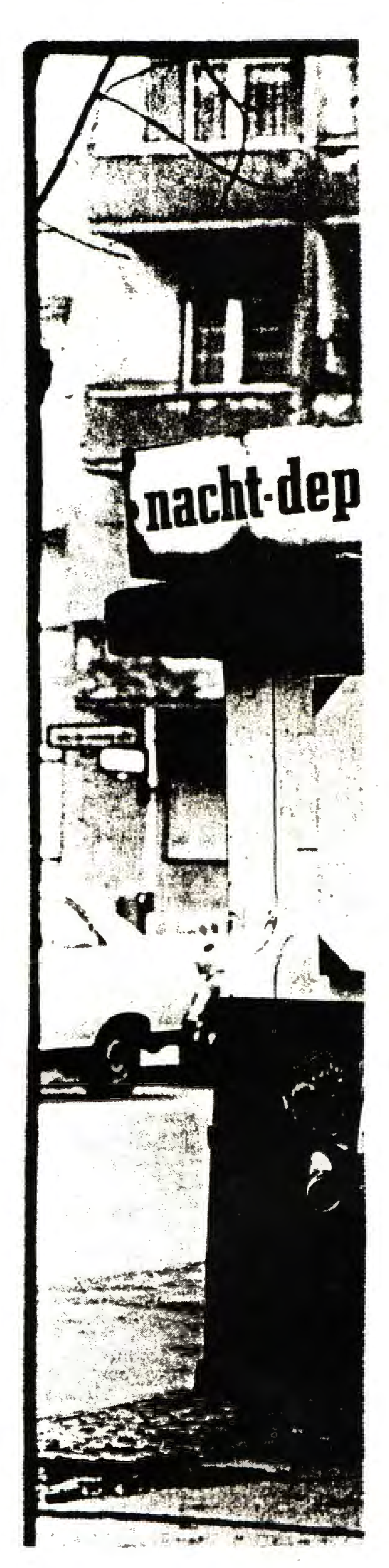
Besucht den Prozeß! Die nächsten Termine sind am 24.4. um 10.15 Uhr, 5.5. um 10.15 Uhr und 15.5. um 14.15 Uhr (voraussichtlich Urteilsverkündung), jeweils am OLG Celle.

Freiheit für alle irischen politischen Gefangenen - auch in der BRD!

Keine Auslieferung an die britische Justiz!

Abzug der britischen Truppen aus dem Norden Irlands!

(redaktionell [aber nicht von der Zeck-Redaktion] leicht geändertes Flugblatt, unterstützt von Irlandgruppen aus Hamburg, Hannover, Köln, Bielefeld, Freiburg, Berlin)



Der EA Bremen informiert:

Gerichtsverfahren wegen den Demonstrationen am 3.10.94:
Auf einer Versammlung von Leuten in



Bremen wurde beschlossen, daß ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen BremerInnen gegen die Bußgeldbescheide erfolgen wird. D.h., daß es ab sofort Treffen der Betroffenen in Bremen gibt, um sich für die Gerichtsverfahren zu koordinieren.
Die erste Verhandlung, die in Bremen laufen wird, soll als Pilotverfahren durchgezogen werden. Die Risiken usw. dieses Verfahrens sollen von allen vorher diskutiert und - auch die Kosten- gemeinsam getragen werden. Je nach Verhandlungsausgang sollen die Chancen für andere Verfahren und die weitere Vorgehensweise bestimmt werden - also wie mit den Widersprüchen gegen die Bußgeldbescheide usw. weiter umgegangen werden könnte (zum momentanen Vorgehen unten mehr).
Für Leute aus anderen Städten heißt dies, daß sie uns schnellstens informieren sollten, wenn ihnen Prozeßtermine mitgeteilt werden, um sich dann mit uns zu beraten, wie und ob das Verfahren durchgezogen werden soll. Wenn hier der/die ersten Prozesse laufen, teilen wir euch dies und selbstverständlich wie diese ausgegangen sind mit - und was das dann für uns und möglicherweise für euch bedeutet.
Ein erster Prozeß war auf den 21.3.95 angesetzt worden, der allerdings aufgrund der Intervention des Anwalts der Betroffenen abgewendet werden konnte. Der Anwalt plädierte auf "Einstellung des Verfahrens". Allem Anschein nach wurde das Verfahren eingestellt, da unter anderem die betroffene Person noch nicht "volljährig" war. Bei Leuten unter 18 oder auch 21 Jahren könnte somit versucht werden, mit Hinweise auf Alter, auf Verfahrenseinstellung - zumal die Beschuldigung sowieso lächerlich ist - zu drängen. (Am besten aber nochmal mit AnwältIn abklären.) Übrigens: Für alle unter 21: Die betreffenden Verfahren werden von JugendrichterInnen - na ja, hauptsächlich wohl eher Typen - durchgeführt. Außerdem gibt es für euch die Richtlinie, daß der Erziehungsgedanke vor dem Bußgeld/Strafe steht.)
In Bremen wird auch gegen das Demoverbot, gegen die Unterbringung in Garagen, Containern usw., sowie gegen den CS-Gaseinsatz geklagt. Wenn andere auch noch wegen den Haftbedingungen klagen wollen - oder als NebenklägerInnen (da könnt ihr euch bis zu 35 Personen von einem Anwalt/Anwältin vertreten lassen) -, dann meldet euch bitte bei uns. Wir werden uns dann - natürlich nur, wenn ihr damit einverstanden seid - koordinieren.
Beim Treffen in Bremen waren den Leuten einige Sachen noch unklar. Da dies euch möglicherweise auch nicht anders geht - hier nochmal die entsprechenden Antworten:
Es kann nur eine Ordnungswidrigkeit wegen "Demoteilnahme" und "Nicht-Entfernen" geben: Eine für "Demoteilnahme" und eine andere für "Nicht-Entfernen" geht nicht.
Wenn der Einspruch zurückgezogen wird, können evtl. Kosten entstehen: Wegen Dienstausfall und Fahrtkosten für die ZeugInnen. Normalerweise beläuft sich dies auf ca. 5,- DM für die geladenen Bullen. Vorsicht: Es gab auch schon Fälle, da wurden die ZeugInnen mit dem Hubschrauber eingeflogen. Wenn ihr "rechtzeitig" den Widerspruch zurückzieht - ca. eine Woche vorher - müßte das reichen.
Also für den Fall der Fälle, wägt selber ab: Widerspruch erst kurzfristig zurückziehen bedeutet zusätzlichen Streß für die RichterInnen - "rechtzeitig" zurückziehen, zahlt ihr nicht drauf (höchstens eine "geringe" Bearbeitungsgebühr).
Daß mehrere Verfahren zusammengelegt werden ist eher unwahrscheinlich, da die RichterInnen nach einem Punktesystem bewertet werden - d.h. pro Verhandlung Punkte bekommen. Also mehr Verhandlungen - mehr Punkte - ergibt: Weniger Arbeit im nächsten Jahr. Denn wenn sie so fleißig waren, bekommen die RichterInnen, die weniger abgearbeitet haben, mehr Verfahren zugeteilt.
Noch mal zu eurem persönlichen Vorgehen:
Widerspruch fristgerecht einlegen (habt ihr hoffentlich schon alle gemacht) und begründen. Wird das Verfahren eingestellt, so tragt ihr eure persönlichen Kosten und AnwältInnenkosten selbst. Die Kosten des Verfahrens trägt die Stadt.
Zur Begründung: Entweder erst nach Akteneinsicht durch eure/n AnwältIn - ihr müßt ja erst mal wissen, wie die das begründen - oder ihr beantragt selbst Kopien, aus denen sich ergeben soll, wie euer Bußgeldbescheid begründet wird.
Zum letztgenannten: Solltet ihr auf jeden Fall alle machen! Verzögert die Verfahren und macht denen zusätzliche Arbeit. Die Zeit arbeitet für uns.
Hier ein Muster (könnt ihr so übernehmen):
"Ich beantrage im Rahmen rechtlichen Gehörs mitzuteilen, welche Tatsachen den Vorwurf aus dem Bußgeldbescheid im Einzelnen begründen sollen.
Ich beantrage mir insofern Kopien zu überlassen, aus denen sich die rechtsfolgenrelevanten Umstände erggeben sollen.
Auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 11.7.94 in StV 94, 465ff. weise ich hin."

Und nicht vergessen: Teilt denen mit, daß ihr mit einem schriftlichen Beschlußverfahren nicht einverstanden seid. Sonst können die euch schriftlich das Urteil mitteilen, ohne daß ihr euch davor selbst zu Wort melden könnt.
Mit solidarischen Grüßen

EA Bremen, St.Paulistr. 10/12, 28203 Bremen

Farbeier - nicht nur zu Ostern

Nach langer und erfolgreicher Testphase wollen wir euch folgende Anleitung zur Herstellung von Wachs-Farbeiern nicht länger vorenthalten.



Ihr braucht Luftballons, Wachs, Abtönfarbe, Wasseranschluss, Herd oder Kocher, Blechdose.
Das Wachs in der Dose erhitzen. Einen Ballon mit Wasser füllen und das Ende verknoten (nicht zuviel Wasser! der Ballon sollte kleiner als Faustgross sein). Nun den Ballon immer wieder in das Wachs tauchen, zwischendurch in kaltem Wasser abkühlen (das Wachs darf nicht zu heiss sein, sonst platzt euch der Ballon).

Das ganze geht etwa wie früher das weihnachtliche Kerzenziehen vor sich ... Wenn die Wachsschicht um den Ballon dick genug ist, in kaltes Wasser legen. Nach Erkalten den Ballon aufknoten, das Wasser rauslassen, den Ballon aus der Wachskugel herausnehmen, die Kugel mit Farbe füllen und das Loch mit Wachs verschliessen.

Fertig! Die Wachseier sind enorm stabil beim Transport (z.B. im Gedränge) und besitzen gute Flugeigenschaften.
Passende Ziele gibts zuhauf! Viel Spass!

Männerrundbrief Nr.6
36 seiten 5 mack 2 farben

Über biologistische Ansätze in der Männerbewegung
Verknüpfungen zwischen John Bellichie, dem Göttinger Männerbüro und ZEGG
Orientierungsdiskussion in der autonomen Männerscene u.a.

Bestelladresse: Männerarchiv
c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
Abos gibts für 25.- mack
männerrundbrief /hamburger sparkasse /ktnr.1251120174 /blz20050550 uff....

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
20357 HAMBURG
TEL 040/430 08 08
FAX 040/430 16 37

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59 6
20357 HAMBURG
TEL 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

Frühstücken Unter einem anderen Stern

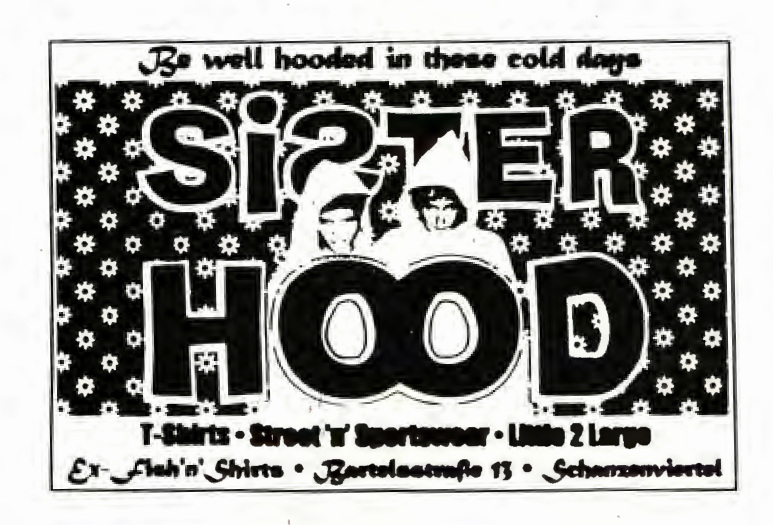
Sonntags von 11-18 Uhr

Rundstücken nach langer Nacht

Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**





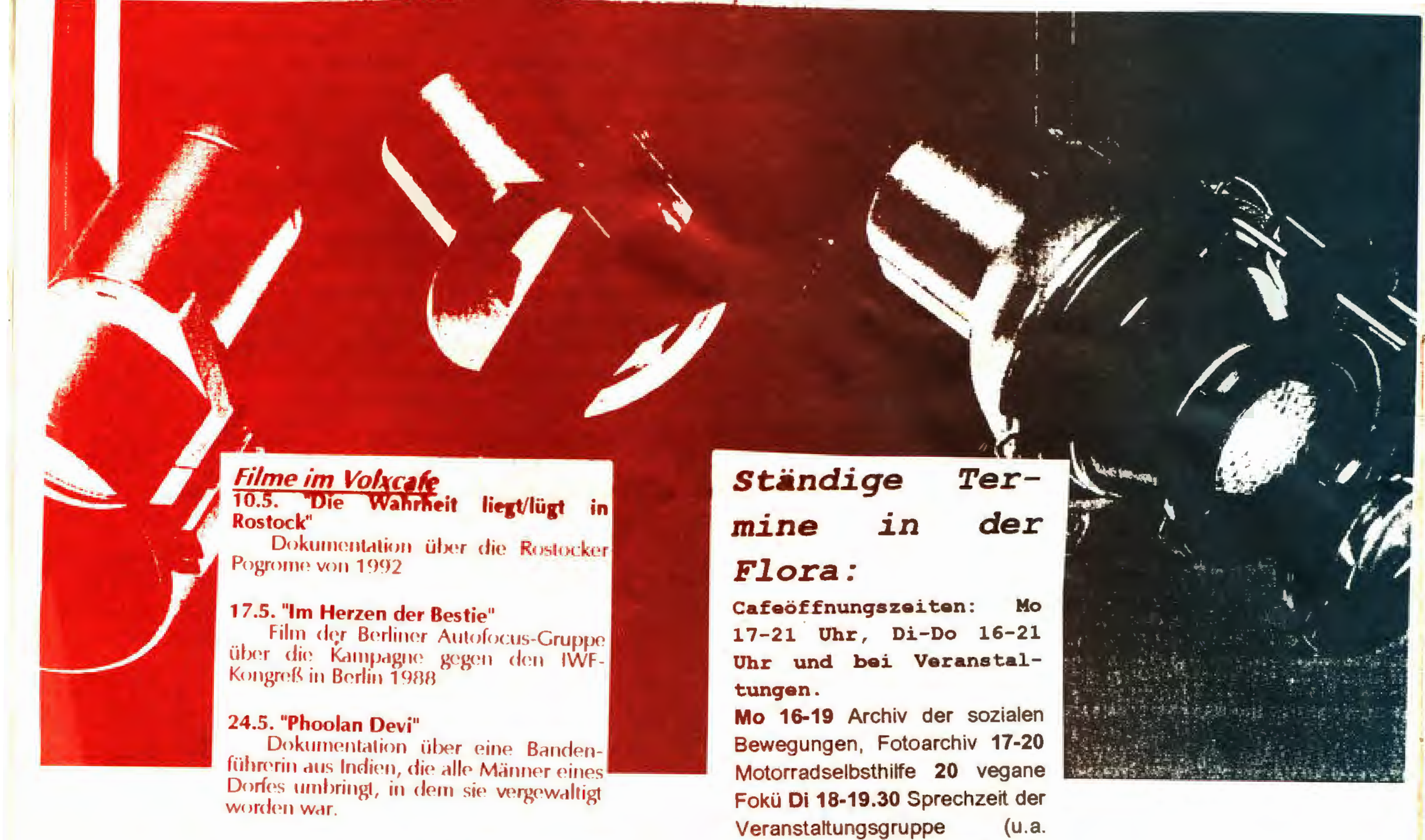
BOB MAL WIEDER ..



Marktstraße 41 · 20357 Hamburg · ♦ 1/4 · Fon: 430 07 08







Filme im Volxcafe

10.5. "Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock"
Dokumentation über die Rostocker Pogrome von 1992

17.5. "Im Herzen der Bestie"
Film der Berliner Autofocus-Gruppe über die Kampagne gegen den IWF-Kongreß in Berlin 1988

24.5. "Phoolan Devi"
Dokumentation über eine Bandenführerin aus Indien, die alle Männer eines Dorfes umbringt, in dem sie vergewaltigt worden war.

31.5. Mehrere Kurzfilme über Hausbesetzungen und Räumungen in Berlin (Mainzer Straße) und Madrid

Alle Filme jeweils Mittwochs um 14 und um 18 Uhr im Volxcafe, Parterre des Phil-Turms, Uni-Gelände, Von-Melle-Park 6

Ständige Termine in der Flora:

Cafeöffnungszeiten: Mo 17-21 Uhr, Di-Do 16-21 Uhr und bei Veranstaltungen.
Mo 16-19 Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv **17-20** Motorradselbsthilfe **20** vegane Fokü **Di 18-19.30** Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem) **Mi 16-19** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv **Do 16-19** Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung) **17-19** Fahrradselbsthilfe **Sa 11.30-15** vegetarisches Frühstück **16-19** Fahrradselbsthilfe **So 19.30** vegane Fokü (14-tägig)

Torpedo Konzerte im Juz Kaltenkirchen, Kieler straße 24
Fr.12.5.95 Anarchist Academy (HipHop/D) u.a.
Fr. 2.6.95 Grimskunk (Hardcore/Ska/Folk/Kanada) und Support (Kanadischer Punkrock)

Verstärker im Mai:

Rote Flora:

4.5. Konzert: Blitz Babies, Leoncavallo, 20 Uhr.
6.5. Zapataaktionstage. Informationsveranstaltung zur Situation in Chiapas (20 Uhr), ab 22 Uhr Disco.
11.5. Konzert: Jeff Greinke. Us-Ambient Elektroniker. Anschließend Ambient vom Plattenteller mit TBC im Leoncavallo, 21 Uhr.
12.5. Wilde Sommernachtstanzparty. Rock und anderes, Hip Hop und Queerbeet, ab 1 Uhr Techno von Eule, 21 Uhr
13.5. Flora-Sicherheitsparty. Bau-Gruppen-Party für die Flora-Gebäudesicherung, 21 Uhr.
14.5. Vollmondorchester, 21 Uhr.
17.5. Do-teatr; Tanztheater aus Rußland; Große Halle 20 Uhr
18.5. Konzert: Illusion of Safety. Amerikanischer experimenteller Industrial, geprägt von Jim o' Rourke, der lange Mitstreiter dieser Formation war. 21 Uhr.
19.5. Dance: Revivaltimes in Shantytown. Das Shantytown Soundsystem legt 60., 70., 80. Reggaeclassics auf. Mit verschiedenen Gästen. 22 Uhr.
20.5. Dance: Prince Raymond und Rude Vibes (Reggae Soundsystem). Special Guests und Dance Show. 21 Uhr.
26.5. Konzert: Thorax und Go Plus. Leoncavallo, 21 Uhr.
27.5. Dance: Jungle Party. The Dub House Crew (Soundsystem) makes you move. 22 Uhr.

Störtebeker:

12.5. Konzert: WWK, Panikos (Tessaloniki), Scraps (Frankreich). Toffe Hardcore Schicht, 21 Uhr.
20.5. Konzert: Hypocritical Society (Hannover), Final Warning (New York - ziemlich pc, kommen aus dem ABC No Rio!-Umfeld und haben Tätowierungen) und DIRT (UK-AnarchoheldInnen. Vor zehn Jahren verursachten die Bands des Crass-Genres fast die Weltrevolution - heute: file it under folklore. Trotzdem anschauen!) 21 Uhr.
3.6. Konzert: Saprize. Hardcore-Hip Hop Crossover aus Bremen. Das Fishcore Kollektiv öffnet sich neuem Publikum und Märkten. 21 Uhr.